

B. 349. (1) Nr. 847. **E d i c t.**

Alle jene, welche auf den Verlaß des zu Dobrova Nr. 34 verstorbenen Jacob Remschgar Ansprüche zu haben vermeinen, haben solche am 17. März l. J. früh 9 Uhr vor diesem Gerichte so gewiß rechtsgeltend darzuthun, als widrigens sie sich die Folgen des §. 814 a. b. G. B. selbst zuschreiben haben werden.

R. K. Bezirksgericht Umgebung Laibachs am 14. Februar 1849.

B. 364. (1) Nr. 248. **E d i c t.**

Von dem k. k. Bezirksgerichte Radmannsdorf wird hiemit allgemein bekannt gemacht: Es habe Georg Starre von Podiella, durch seinen Nachhaber Herrn Franz Mertitsch, bei demselben die Klage auf Erziehung der zu Podiella sub Conf. Nr. 20 gelegenen, und im Grundbuche der Herrschaft Welbes sub Urb. Nr. 1150 vorkommenden Drittelhube, gegen die unbekannt wo befindlichen Mathias Starre'schen Erben oder allfälligen Verlassensprecher eingebracht, und es sey von demselben zur mündlichen Verhandlung der Streitsache die Tagssagung auf den 31. Mai d. J. angeordnet, und zur Vertretung der unbekannt wo befindlichen Beklagten Valentin Smukouy von Kerschdorf als Curator aufgestellt worden.

Welches den Beklagten hiemit bekannt gegeben wird, daß sie ihre Beheile entweder dem aufgestellten Curator an die Hand geben, allenfalls einen andern Vertreter dem Gerichte namhaft machen, und überhaupt im ordnungsmäßigen Wege einschreiten können.

R. K. Bezirksgericht Radmannsdorf am 20. Februar 1849.

B. 353. (1) Nr. 569. **E d i c t.**

Von dem gefertigten k. k. Bezirksgerichte wird dem unbekannt wo befindlichen Herrn Peter Mahnič hiemit bekannt gegeben: Es habe wider ihn Herr Lucas Mahnič von Senozec, die Klage auf Zuerkennung des Eigenthumes der im Grundbuche der Herrschaft Senozec sub Urb. Nr. 143/103 vorkommenden, auf dessen Namen vergewährten Halbhunterst, hieramts eingebracht, worüber die Tagssagung auf den 4. Juni l. J., früh 9 Uhr angeordnet worden ist. — Dieses Gericht, dem des Beklagten Aufenthalt unbekannt ist, und da er sich auch außer den k. k. Erblanden aufhalten könnte, hat ihm auf seine Gefahr und Kosten den Herrn Franz Gerzel von Senozec als Curator aufgestellt, mit dem diese Rechtsache nach der bestehenden Gerichtsordnung ausgeführt und entschieden werden wird.

Dieses wird dem Beklagten zu dem Ende in Erinnerung gebracht, daß er zu der Tagssagung entweder selbst erscheine, oder dem aufgestellten Curator seine Beheile an die Hand geben, oder aber dem allenfalls von ihm erwählten Sachwalter diesem Gerichte namhaft mache, widrigens er sich die aus seiner Versäumnis entstehenden Folgen selbst zuschreiben haben wird.

R. K. Bezirksgericht Senozec den 13. Febr. 1849.

B. 354. (1) Nr. 3460. **E d i c t.**

Von dem k. k. Bezirksgerichte Senozec wird hiemit bekannt gemacht: Es sey über Ansuchen des Herrn Barthelma Schwiigel von Senozec, als Cessionar des Franz Morauz von daselbst, ddo. 5. d. M., B. 3460, in die Reassumirung der, mit Bescheid ddo. 12. December v. J., B. 3602, bewilligten und mit Bescheid ddo. 2. April l. J., B. 3908, sistirten executiven Feilbietung der, dem Herrn Mathias Debeuz von Senozec gehörigen, und bei dem Grundbuchsamte der Herrschaft Senozec sub Urb. Nr. 711 geschätzten Einviertelhube und der daselbst sub Urb. Nr. 143/104 vorkommenden, gerichtlich auf 120 fl. geschätzten Einhalb. Untersaß, pecto. aus dem w. a. Vergleich ddo. 13. Februar 1841 schuldigen 70 fl. c. s. c. gewilliget, und zu deren Vornahme die Termine auf den 15. Februar, 15. März und 12. April 1849, jedesmal Vormittags 9 Uhr im Orte Senozec mit dem Besatze bestimmt worden, daß diese Realitäten bei der dritten Feilbietungstagssagung auch unter dem Schätzungswerte hintangegeben werden.

Das Schätzungsprotocoll, die Licitationsbedingungen und der neueste Grundbuchsextract können täglich hieramts eingesehen werden.

R. K. Bezirksgericht Senozec den 6. Dec. 1848. Nr. 602.

Anmerkung. Bei der ersten Feilbietung hat sich kein Kauflustiger gemeldet.

B. 347. (1) Nr. 323. **E d i c t.**

Von dem k. k. Bezirksgerichte Reifnitz wird bekannt gemacht: Es sey zur Liquidirung des Vermögens- und Schuldenstandes nach dem verstorbenen Herrn Georg Klossan, Oberrichter in Niederdorf, die Tagssagung auf den 22. März l. J., früh um 9 Uhr, vor diesem Gerichte angeordnet worden, zu welcher die Verlassenschaftlicher unter Androhung der Klage, und die Gläubiger mit Erinnerung auf die Folgen des §. 814 b. G. B. einberufen werden.

Reifnitz am 6. Februar 1849.

B. 355. (1) Nr. 3265. **E d i c t.**

Von dem k. k. Bezirksgerichte Senozec wird hiemit kund gemacht: Es sey über Ansuchen des Herrn Anton Blazek von Klein-Verdn, in die executiv Feilbietung der, dem Hrn. Anton Simicic gehörigen, bei der Staats Herrschaft Adelsberg sub Urb. Nr. 1022 vorkommenden, gerichtlich auf 1299 fl. 40 kr. geschätzten und zu Brezie gelegenen Halbhube, wegen aus dem w. a. Vergleich ddo. 7. Februar 1845, B. 58, schuldigen 197 fl. 55 kr. c. s. c. gewilliget, und zu deren Vornahme die Termine auf den 15. Jänner, 15. Februar und 15. März 1849, jedesmal Vormittags 9 Uhr im Orte Brezie mit dem Besatze bestimmt worden, daß diese Realitäten bei der dritten Feilbietungstagssagung auch unter dem Schätzungswerte hintangegeben werde.

Das Schätzungsprotocoll, die Licitationsbedingungen und der neueste Grundbuchsextract können täglich hieramts eingesehen werden.

R. K. Bezirksgericht Senozec den 22. Nov. 1848. Nr. 600.

Anmerkung. Zu der zweiten Feilbietungstagssagung ist kein Kauflustiger erschienen.

B. 275. (3)

Lotterie - Annonce.

Der ergebenst Gefertigte erlaubt sich, einem P. T. Publicum bekannt zu geben, daß mit höchster Bewilligung Carl Sothen in Wien zum Besten mehrerer Wohlthätigkeits-Anstalten eine

große Lotterie,

deren Ziehung schon

am 14. April d. J. erfolgt,

und welche ausgestattet ist mit

5 Stück Fünfstel-Losen der k. k. Anleihe vom Jahre 1834,

deren Serien bereits am 1. Februar gezogen wurden und wovon die Haupttreffer nächster Gewinn-Ziehung

Gulden 200,000-35,000-15,000-10,000 2c.

sind, überdieß mit

baaren Gulden **20,000 W. W.** dotirt ist,

und in der so geringen Anzahl von

nur **20,000** Losen, **2000** gezogene Treffer

enthält, veranstaltet hat.

In Anbetracht, daß diese Lotterie in Summa eine so ungewöhnlich geringe Anzahl Lose enthält, und diese mit so bedeutenden, vielen und großen Gewinnsten ausgestattet sind, und durch die Beigabe obbenannter Lose die Möglichkeit herbeigeführt ist, daß man mit der so geringen Einlage von nur 2 fl. C. M. als Preis eines Loses im glücklichsten Falle **100,000 Gulden W. W.** und noch darüber, und mit 2 Losen, d. i. eines der I. und eines der II. Abtheilung sogar beide Haupttreffer der zwei Gewinnssdotationen gewinnen kann, so glaubt der Gefertigte, daß sich diese Lotterie bei dem geehrten P. T. Publicum einer recht geneigten Aufnahme und der regsten Theilnahme zu erfreuen haben wird, in Folge dessen sich derselbe zum Verkauf dieser Lose bestens empfiehlt.

Das Los kostet nur 2 fl. C. M.

und Abnehmer von 5 Losen erhalten 1 Los als unentgeltliche Aufgabe.

Joh. Ev. Wulscher,

Handelsmann in Laibach.

Anempfehlung des verbreitetsten Volksblattes. Der österreichische Volksbote

von

Jos. Schrittwieser in Wien.

In Wien erscheint seit zwei Monaten eine neue Zeitung, welche seit ihren ersten Nummern einen so günstigen Eindruck in der Lesewelt hervorbrachte, daß ihre erste Auflage von **3000** Exemplaren schnell vergriffen wurde, und dieser beispiellose Erfolg den Herausgeber bewog, die Auflage nun auf **6000** zu erhöhen. Wohl mögen zu diesem seltenen Absatze die gefeierten Schriftsteller, die sich als Mitarbeiter angeschlossen, das Meiste beigetragen haben, denn Männer, wie Castelli, Gabriel Seidl, Raudnitz, Dr. Falkner, Weidmann, Dr. Wurzbach, Dr. Neumann, E. H. Weiß, Parschke, Emanuel Straube, Mosenthal, A. Bäuerle, Dr. Sollnöder, Prof. Richter u. s. w., stehen an der Spitze des Blattes, und ihre Namen haben im In- und Auslande einen so vorzüglichen Klang und Ruf, ihre Mittheilungen im freiesten Sinne des Wortes einen solchen Reiz, daß sich schon an die erste Ankündigung große Erwartungen für das Gedeihen des „Volksboten“ knüpfen ließen. Seine Tendenz ist, das Volk aufzuklären, seine Ansichten zu berichtigen und für die große Rolle, welche demselben in der neuesten Zeit zugewiesen ist, vorzubereiten, dabei das Volk von allem Neuen und Interessanten zu unterrichten, mit einem Worte nicht nur eine gediegene Bürger-, auch eine umfassende Bauern-Zeitung zu liefern; dies ist auch bisher vollkommen gelungen. Nebstbei liefert dieser „österreichische Volksbote“ **das größte und reichhaltigste Feuilletsblatt, welches gegenwärtig in Wien existirt.** Dasselbe erscheint täglich Abends um 6 Uhr, in **Folio-Format** und ist daher in der Lage, Alles, was in Wien den Tag über geschieht, alle Briefnachrichten durch die Post, alle Notitäten aus kostspieligen fremden Zeitungen von dem Tage, an welchem sie in Wien anlangen, **schon Abends** mitzutheilen. — Der Antheil, den alle Classen und Stände von Lesern hieran nehmen, ist, wie bereits erwähnt worden, höchst bedeutend und noch immer im Steigen. Es findet sich dieser „Volksbote“ bei allen Herrschaftsbesitzern, bei allen höheren Beamten der Städte sowohl, als auf dem Lande, bei allen Amtsleuten, Berwaltern, Pflegern u. s. w., bei der gesamten hohen Geistlichkeit, und die Herren Pfarrer in allen Provinzen haben ihm besonders ihre Theilnahme zugewendet; ferner haben ihn die Fabrikbesitzer, Kaufleute, die Inhaber und Beamten der Bergwerke, Forstmeister, Deconomiebesitzer, die Schulmänner u. s. w. größtentheils abonniert; — auffallend ist der Absatz durch die Wirthe auf dem Lande, weil er von den Bauern, wie noch kein Volksblatt seiner gemüthlichen und stets im heitern Tone gehaltenen Schreibart wegen, gelesen wird. Er dringt demnach in alle Schichten der Bevölkerung durch die Wahrheit seines Inhaltes.

Der Preis ist für ein Blatt, das in Folio täglich erscheint, wenn dasselbe ganzjährig pränumerirt wird, sehr gering, denn sammt portofreier Zusendung in die entferntesten Orte unter festgeschlossenen Couverts und mit gedruckten Adressen, bei, wie bemerkt, täglicher Expedition, kostet dasselbe nur acht Gulden E. M. der ganze Jahrgang! wodurch ein Blatt in Folio kaum höher, als auf einen Kreuzer zu stehen kommt, vierteljährig sind jedoch 3 fl. und halbjährig 5 fl. E. M. zu bezahlen, weil hier die Gebühren, die Expedition u. c. postämlich höher berechnet, in Anschlag kommen.

Wer ganzjährig in die Pränumeration eintritt, erhält auch die im vorigen December erschienenen Blätter des österr. Volksboten unentgeltlich mit beigegeben.

Um Verwechslungen vorzubeugen, wird bei Bestellungen ersucht, auf der Adresse zu bemerken: An das Comptoir des österreichischen Volksboten von Jos. Schrittwieser in Wien, Wipplingerstraße, im eigenen Verlags-Comptoir Nr. 337, neben dem Kaffeehause.

Pränumerationen-Briefe und Reclamationen um Zeitungsblätter, so wie Gelder für diesen Volksboten, wenn solches auf dem Couvert bemerkt wird, haben kein Porto zu bezahlen.

Die Redaction ersucht um pikante Neuigkeiten aus den Städten und vom Lande, wenn sie auch zeitweise scharfe Rügen enthalten, sie werden mit Dank aufgenommen, und besonders Interesse gewährenden Mittheilungen namhaft honorirt.

Die verehrlichen Pränumeranten werden gebeten, ihre Adressen sehr deutlich zu schreiben und immer die Ortschaft nebst dem Kreise und der Provinz, dann die Poststation genau und verlässlich anzugeben.

Jeder Pränumerant erhält ein complettes Exemplar; durch die neue Auflage ist der Herausgeber im Stande, die genaueste Befriedigung zusagen zu können.

3. 348. (2)

Öffentliche Erklärung.

Die sämtlichen Gemeinden des Bezirkes Gottschee haben am 3. Mai v. J. vier Vertrauensmänner als Deputirte gewählt und aufgestellt, daß sie im Namen aller Bezirksgemeinden die Servitutsrechte, Siebigkeiten und überhaupt alle Unterthansverbindlichkeiten gegen den Herrn Fürsten Auersperg wahren, schützen und überwachen sollten. Ich Endesunterzeichneter bin einer dieser vier Vertrauensmänner. Da es jedoch einem von uns Deputirten, aus persönlicher Gehässigkeit gegen mich, gefallen hat, verleumderischer- und böswilligerweise meine bisher unbescholtene Ehre dahin zu verunglimpfen, daß er öffentlich an verschiedenen Orten des Bezirkes äußerte: ich als Deputirter hätte im Einverständniß mit dem Hrn. Bezirkscommissär in Gottschee die Unterthansrechte unserer Gemeinden an den Fürsten Auersperg verrätherischer Weise verkauft u. überhaupt verdecktes Spiel gespielt: so finde ich mich nicht nur als Deputirter, sondern auch als Geschäftsmann an meiner Ehre durch

diese lügenhaften Verleumdungen des Mitdeputirten, Namens Georg Stampfel, dermaßen gekränkt, daß ich meine Stelle als Deputirter niederlege und die Gemeinden auffordere, sich an meiner Stelle einen andern Vertrauensmann zu wählen, indem ich ferner mit einem Manne von solchen Gesinnungen nicht mehr in Verbindung stehen kann, noch will. Ich habe bereits die gerichtl. Klage gegen Hrn. Georg Stampfel eingereicht, und werde mein gutes Recht finden und mich gegen jeden Verdacht dieser böshafter Anschuldigung genügend zu rechtfertigen wissen. Jeder Unbefangene wird daher aus dem einzigen Umstande entnehmen, daß etwas Solches, dessen Hr. Stampfel mich beschuldigt, von einem Einzelnen gar nicht auszuführen möglich gewesen wäre, indem wir vier Deputirte, laut der ausgegebenen Vollmacht, gar nichts einzeln unternehmen konnten, und auch das, was wir beschlossen oder verkehrten, allen Gemeinderichtern zur Einverständigung und Begutachtung vorgelegt werden mußte. Indem ich also schließlich mei-

nen freiwilligen Austritt aus diesem Deputirten-Comité hiermit öffentlich erkläre, werde ich für meine bisherigen Auslagen in diesen Angelegenheiten bei den betreffenden Gemeinden die Wiedervergütung suchen.

Gottschee, am 24. Febr. 1849.

Stephan Fitz,

Grundbesitzer zu Kerndorf in Gottschee und Handelsmann in Graz.

3. 372. (2)

A u f r u f, bezüglich der Errichtung einer Thier- arzneischule in Laibach.

Die Landwirtschaft-Gesellschaft hat schon im vorigen Jahre angezeigt, daß sie auf ihrem Versuchshofe auf der untern Polana eine Thierarzneischule in Verbindung mit einem Thierspitale errichten wolle, und hat unter einem an alle Vaterlandsfreunde, Realitätenbesitzer, Schmiede, Viehzüchter und insbesondere an alle Mitglieder der Landwirtschaft-Gesellschaft das Ansuchen gestellt, sie bei der Ausführung dieses Vorhabens kräftig zu unterstützen. Die Landwirtschaft-Gesellschaft hat in Berücksichtigung der dringenden Nothwendigkeit einer solchen Lehranstalt sehr bedeutende Spenden diesem Zwecke zugewendet; sie ist jedoch nicht im Stande, das große Werk ganz allein in Ausführung zu bringen, und obwohl auch der hiesige Stadtmagistrat eine Unterstützung der Anstalt zusicherte, so ist dennoch das hierzu erforderliche Bau- und Einrichtungs-Capital bei weitem noch nicht gedeckt. Die Landwirtschaft-Gesellschaft hat sich daher an ihre Herren Bezirks-Correspondenten, an die löbl. Bezirksamtsobrigkeiten, an den hiesigen Stadtmagistrat, an die hochwürdige Geistlichkeit und die benachbarten Schwester-Gesellschaften bittlich gewendet, die Sammlung freiwilliger Beiträge einleiten zu wollen, und rechnet mit Zuversicht auf allseitige kräftigste Unterstützung. Es wäre überflüssig, über den gemeinnützigen Zweck und die dringende Nothwendigkeit dieser Lehranstalt noch Mehres anzuführen; es wird daher nur erwähnt, daß der Unterricht darin unentgeltlich ertheilt, und der Zutritt Jedermann gestattet wird; daß darin alle thierärztlichen Gegenstände vorgetragen werden, und den Schülern ein gründlicher Unterricht im Beschlagen, sowohl gesunder als kranker Hüfe practisch ertheilt wird. Zugleich werden kranke Thiere jeder Gattung zur Behandlung, wie auch die in einer gerichtlichen Untersuchung oder in veterinärpolizeilicher Beobachtung stehende Thiere daselbst in sichere Verwahrung übergeben werden können.

Mit Vertrauen wendet sich daher die Landwirtschaft-Gesellschaft an alle Vaterlandsfreunde mit dem Ersuchen, diese so wohlthätige Folgen versprechende Lehranstalt mit Geldbeiträgen zu unterstützen, damit sie in die Lage versetzt werde, den Bau schon in diesem Jahre zu vollenden, und mit dem Anfange des künftigen Schuljahres die Lehranstalt zu eröffnen.

Der beständige Ausschuss der Landwirtschaft-Gesellschaft in Krain. — Laibach den 1. März 1849.

3. 371. (2)

Anzeige.

Auf dem landwirthschaftl. Versuchsgarten auf der untern Polana sind zu haben:

1jährige Maulbeerbäumchen das St. zu $\frac{1}{2}$ fr., 100 St. zu 40 fr. E. M.; 2jährige detto das St. zu 1 fr., 100 St. zu 1 fl. 30 fr.; 3jährige detto das St. zu 2 fr., 100 St. zu 3 fl. 10 fr.; 4jährige detto das St. zu 4 fr., 100 St. zu 6 fl. 20 fr.; 5jährige detto das Stück zu 6 fr., 100 St. zu 9 fl. 30 fr.; 6jährige detto das St. zu 8 fr., 100 St. zu 12 fl. 40 fr.; 7jährige detto das St. zu 10 fr., 100 St. zu 16 fl.; Maulbeersamen das Vorh. zu 20 fr. E. M.

Ferner können aus der Pappelbaumschule der Landwirtschaft-Gesellschaft am Morale, Pyramiden-Pappeln von verschiedener Größe, das Stück zu 6 bis 20 fr. bezogen werden.

Die allfälligen Bestellungen können in der Kanzlei der Landwirtschaft-Gesellschaft, Sallendergasse Nr. 195 im 2ten Stocke, oder am Versuchshofe, untern Polana, Haus-Nr. 46 geschehen.

Der beständ. Ausschuss der Landwirtschaft-Gesellschaft in Laibach am 1. März 1849.

3. 360. (2)

Beim Kaffeesieder Lausel ist, vom 1. Jänner 1. J. angefangen, die „Wiener“, „Agramer“ und „Allgemeine Zeitung“ zu vergeben.

Gubernial-Verlautbarungen.

3. 379. (1) Nr. 4587.

Circular e

des k. k. illyrischen Guberniums. — Ueber das Verbot der Anwendung ungarischer Banknoten im Verkehr. — Mit Rücksicht auf den §. 14 der Statuten der österreichischen Nationalbank vom 1. Juli 1841, zu Folge dessen diese Bank während der Dauer des ihr allergnädigst verliehenen Privilegiums in dem ganzen Umfange der österreichischen Monarchie das ausschließende Recht besitzt, Banknoten auszufertigen und auszugeben, wird in Folge Beschlusses des Ministerrathes erklärt, daß die von der ungarischen Rebellen-Regierung in Umlauf gesetzten Banknoten im Verkehr eben so wenig wie bei den öffentlichen Cassen angenommen werden dürfen, daß jeder Umsatz derselben und deren Anwendung zu Zahlungen untersagt ist, und daß, so fern solche Banknoten in dem Verkehr betreten werden, dieselben den Inhabern abzunehmen und an die nächste landesfürstliche Cassa abzuliefern sind, welche sie an die Staats-Central-Cassa zur Unbrauchbarmachung einzusenden hat. — Welches zu Folge Auftrages des hohen Finanz-Ministeriums vom 24. Februar 1849, 3. 2281, allgemein bekannt gemacht wird. — Laibach am 1. März 1849.

Leopold Graf v. Welfersheimb,
Landes-Gouverneur.

3. 382. (1) Nr. 4588.

K u n d m a c h u n g

des k. k. illyr. Guberniums. — Wegen der Strafnachsicht für Recrutirungsflüchtlinge, welche bei der eben im Zuge befindlichen Recrutirung ihrer Pflicht Genüge leisten. — Nach den Bestimmungen der Gesetze über die Militär-Recrutirung sind die Recrutirungsflüchtlinge aus Strafe ex officio zum Militär abzustellen. Diese Strafbestimmung ist mit dem neuen provisorischen Recrutirungspatente vom 5. December v. J. in Kraft erhalten worden und es kommen nach §. 12 desselben die Recrutirungsflüchtlinge zum Zwecke der ex officio-Stellung in die Classifications-Liste Nr. 1 einzureihen. — Um jedoch diejenigen, welche sich den frühern Stellungen durch Flucht entzogen haben, und nun aus Furcht, der gesetzlichen Strafe zu verfallen, nicht zurückzukehren wagen, die Rückkehr zur Pflicht unter den beruhigenden Einrichtungen des neuen Gesetzes zu erleichtern, hat das hohe Ministerium des Innern, im Einverständnisse mit dem hohen Kriegsministerium zu Folge Erlasses vom 26. v. M., Zahl 1119, Folgendes zu verfügen befunden: 1) Jenen, welche sich einer der früheren Militär-Recrutirungen pflichtwidrig entzogen, und seither noch nicht wirklich zum Militär abgestellt worden sind, wird die gänzliche Nachsicht von allen durch das Gesetz auf Recrutirungsflüchtige festgesetzten Strafen und Nachtheilen zugesichert, wenn sie bei der eben im Zuge stehenden Recrutirung ihrer Pflicht Genüge leisten. — Es sind daher dieselben nicht in die Classifications-Liste Nr. 1 gleich den ex off. zu Stellenden, sondern in jene der folgenden Listen 2, 3 oder 4 einzureihen, in welche sie, vermög ihres Alters oder ihrer sonstigen Verhältnisse gehören. — 2) Alle Verhandlungen und Untersuchungen, bezüglich von Fällen der Recrutirungsflüchtigkeit, welche auf die per gegenwärtigen vorausgehenden Militär-Recrutirungen Bezug haben, sind insofern aufgehoben, als sie sich bei der eben im Zuge stehenden Recrutirung stellen. — 3) Diese Begünstigungen haben jedoch auf jene Individuen keine Anwendung, welche, um sich der Militärpflicht zu entziehen, sich selbst verstümmelt haben. — Auf diese finden die §§. 161 und 162 des II. Theils des allgemeinen Strafgesetzes ausnahmslose Anwendung. — Laibach am 3. März 1849

Leopold Graf v. Welfersheimb,
Landes-Gouverneur.

3. 386. (1) Nr. 4113.

C u r r e n d e

des k. k. illyr. Guberniums. — Betreffend die Entrichtung eines Impostes von 1 fl 30 kr. C. M. pr. Centner Netto für das aus

(3. Amts-Blatt Nr. 28 v. 6 März 1849.)

der Saline zu Hall erkaufte und über die Gränze der Provinz Tirol ausgeführte Salz. — Die mit der allerhöchsten Entschliessung vom 10. April 1848 von Seiner Majestät bewilligte Herabsetzung des Salzpreises bei der Saline zu Hall von 5 fl. auf 3 fl. 30 kr. pr. Centner, ist nach der in der gedachten allerhöchsten Entschliessung deutlich ausgedrückten Willensmeinung Seiner Majestät eine Begünstigung, welche nur der Provinz Tirol und Vorarlberg zugestanden und daher nur auf dieselbe allein beschränkt worden ist. — Hieraus folgt, daß mit Rücksicht auf die Bestimmungen des §. 436 der Zoll- und Staats-Monopols-Ordnung, dann der §§. 318 und 319 des Gefälls-Strafgesetzes, daß bei der Saline zu Hall in Tirol um den ausnahmsweise ermäßigten Preis von 3 fl. 30 kr. pr. Centner erkaufte Salz nicht über die Gränzen der Provinz Tirol und Vorarlberg in einen anderen Theil des österreichischen Staates versührt werden dürfe. — Nur in der Betrachtung, daß etwa einige an Tirol gränzende Districte des österreichischen Staatsgebietes ihren Salzbedarf bisher aus Tirol zu beziehen gewohnt seyn dürften, wird die Ausfuhr des dort erkauften Salzes unter der Bedingung gestattet, daß bei den hiezu besonders zu bezeichnenden Aemtern ein Impost von Einem Gulden und dreißig Kreuzer für den Centner Netto entrichtet werde. — Von dieser Maßregel werden nur jene Salzquantitäten ausgenommen seyn, welche die Gemeinden des Leffachthales und des Bezirkes Stail in Oberkärnten im Linito-Preise von 3 fl. 30 kr. in Folge besonderer allerhöchsten Bewilligung von der Saline zu Hall beziehen. — Das k. k. Landespräsidium in Tirol wurde dabei angewiesen, sich mit dem in dieser Beziehung gleichzeitig verständigten Cameral-Gefälls-Administrator, sowohl bezüglich der Punkte, über welche die Ausfuhr des Tiroler Salzes gegen Entrichtung des oben erwähnten Impostes Statt zu finden, als bezüglich des Zeitpunktes, von welchem angefangen diese Maßregel zu beginnen haben wird, das vorläufige Einvernehmen zu pflegen und hiernach die Kundmachung im vorgeschriebenen Wege zu veranlassen. — Dieses wird sonach zu Folge Erlasses des hohen k. k. Finanzministeriums vom 18. Februar 1849, Zahl 4736, zur allgemeinen Kenntniß gebracht. — Laibach am 25. Februar 1849.

Leopold Graf v. Welfersheimb,
Landesgouverneur.

3. 380. (1) Nr. 169.

V e r l a u t b a r u n g

Mit Beginn des Schuljahres 1849/50 kommen vier Stipendien, jedes zu 80 fl. (Achtzig Gulden) C. M. aus dem zur Verpflegung und Bildung taubstummer Kinder bestimmten Hohenheim'schen Stiftungsfonde zu besetzen. Auf den Genuß dieser Stipendien haben taubstumme, in Krain oder Kärnten ehelich geborne Kinder katholischer Religion in der Regel Anspruch. — Kinder akatholischer Aeltern können nach der ausdrücklichen Willenserklärung des Stifters nur dann an der Stiftung Theil nehmen, wenn sich letztere freiwillig herablassen, ihre Kinder in der katholischen Religion erziehen zu lassen. — Die Kinder dürfen übrigens nicht unter 7 und nicht über 14 Jahre alt, nicht stumpf oder blödsinnig seyn, und es haben jene den Vorzug, welche von den Aeltern verwaist, ganz arm und verlassen sind, dann durch eine gute Bildungsfähigkeit und Gesundheit sich auszeichnen, so wie nach dem Willen des Stifters taubstumme Kinder männlichen Geschlechtes vorzüglich zu berücksichtigen sind. — Aeltern oder Vormünder, welche sich für ihre Kinder oder Pflegebefohlenen um diese Stipendien bewerben wollen, haben ihre mit dem Kaufscheine, dem Impfungs- und Armuthzeugnisse, dann mit dem vom Districtsarzte auszustellenden, von dem Ortspfarrer mitzufertigenden Zeugnisse über die Gesundheit und Lehrfähigkeit des Kindes documentirten Gesuche durch ihre Bezirksobrigkeit dem k. k. Kreisamte längstens bis Ende März l. J. zu überreichen, welches sodann unverzüglich anher zu leiten haben wird. — Laibach am 7. Februar 1849.

Aemtlliche Verlautbarungen.

3. 374. (1) Nr. 1987.

E d i c t

Von dem k. k. Stadt- und Landrechte in Krain wird bekannt gegeben: Es werden die zum Verlasse nach Mätthaus Kunauer gehörigen Grundstücke, als:

- a) Die Acker beim Frischkrouz, bestehend aus 57 Pifangen;
- b) die Harpfe mit 15 Fenstern;
- c) der große Acker bei Tomazhou, bestehend aus 238 Pifangen;
- d) der Acker bei Kreula, bestehend aus 44 Pifangen, und
- e) die Wiese am Moraste, — am 26. März 1849, früh 9 Uhr, und nöthigensfalls an den darauf folgenden Tagen im Orte der Realität, im Ganzen oder in kleinern Parthien, im Wege der öffentlichen Versteigerung an den Bestbietenden auf vier nacheinander folgende Jahre, nämlich vom 1. April 1849 bis 1. April 1853, in Pacht gegeben. Die dießfälligen Ausrufspreise und die Bedingnisse können zu den gewöhnlichen Amtsstunden in dem dießlandrechtl. Expedite, so wie bei dem Curator, Herrn Dr. Mar. Burzbach, eingesehen und in Abschrift erhoben werden.

Laibach am 27. Februar 1849.

3. 366. (1) Nr. 10811.

E d i c t

Von dem k. k. Stadt- und Landrechte in Krain wird bekannt gemacht: Es sey von diesem Gerichte auf Ansuchen der Laibacher Sparcasse, gegen Herrn Lorenz Premk, wegen 2000 fl. c. s. c., in die öffentliche Versteigerung des, dem Exquirten gehörigen, auf 3177 fl. 45 kr. geschätzten, in der Gradiska-Weistadt liegenden Hauses Nr. 63, sammt Dostgärten, Acker per Germudi und sonstigem Zugehör, gewilliget, und hiezu drei Termine, und zwar auf den 15. Jänner, 19. Februar und 26. März 1849, jedesmal um 10 Uhr Vormittags vor diesem k. k. Stadt- und Landrechte mit dem Beisatze bestimmt worden, daß, wenn diese Realitäten weder bei der ersten noch zweiten Feilbietungs-Tagung um den Schätzungsbetrag oder darüber an Mann gebracht werden könnten, selbe bei der dritten auch unter dem Schätzungsbetrage hintan gegeben werden würden. Wo übrigens den Kauflustigen freisteht, die dießfälligen Licitationsbedingnisse, wie auch die Schätzung in der dießlandrechtlichen Registratur zu den gewöhnlichen Amtsstunden oder bei dem Executionsführer-Beistatter, Herrn Dr. Maxim. Burzbach, einzusehen und Abschriften davon zu verlangen.

Laibach am 21. November 1848.

Nr. 1812.

Anm. rkung. Nach bei der 2. Feilbietungs-Tagung ist kein Kauflustiger erschienen, daher die 3. am 26. März 1849 abgehalten werden wird.

Laibach den 21. Februar 1849.

3. 335. (3) Nr. 174.

E d i c t

Von dem k. k. Stadt- und Landrechte in Krain wird bekannt gemacht: Es sey von diesem Gerichte auf Ansuchen des Herrn Marcus Malla-verch, gegen Frau Josepha Sever, wegen schuldigen 61 fl 10 kr. C. M. c. s. c. in die öffentliche Versteigerung des, der Exquirten gehörigen, auf dem hier in der Stadt sub Cons. Nr. 313 liegenden Hause sammt An- und Zugehör intabulirten Forderung pr. 2000 fl. gewilliget, und hiezu drei Termine, und zwar: auf den 12. Februar, 12. März und 16. April 1849, jedesmal um 10 Uhr Vormittags vor diesem k. k. Stadt- und Landrechte mit dem Beisatze bestimmt worden, daß, wenn diese Forderung weder bei der ersten noch zweiten Feilbietungs-Tagung um den Nennwerth oder darüber an Mann gebracht werden könnte, selbe bei der dritten auch unter demselben Kaufsumme gegeben werden würde. Wo übrigens den Kauflustigen freisteht, die dießfälligen Licitationsbedingnisse, wie auch den Grundbuchsextract in der dießlandrechtlichen Registratur zu den gewöhnlichen

Amisstunden einzusehen und Abschriften davon zu verlangen.

Laibach, den 9. Jänner 1849.

Nr. 1597.

Anmerkung. Bei der ersten Feilbietungstagsung ist kein Kauflustiger erschienen.

Laibach, den 17. Februar 1849.

3. 365. (2)

Nr. 1727.

Von dem k. k. Stadt- und Landrechte in Krain wird bekannt gemacht: Es sey von diesem Gerichte auf Ansuchen der erklärten Georg Moschig'schen Erben, in die öffentliche Versteigerung des Georg Moschig'schen beweglichen Verlaß-Vermögens, bestehend in mehreren Preiosen, Einrichtung und sonstigen Effecten, gewilliget, und hiezu der 21. März 1849 um 10 Uhr Vormittags in der Wohnung des verstorbenen Georg Moschig bestimmt worden.

Laibach am 17. Februar 1849.

3. 337. (3)

Nr. 1210/18

Concurs-Kundmachung.

Bei dem in die dritte Classe der Gefälls-Unterämter gereihten Hilfszollamte zu Laaben ist die Einnehmerstelle, mit welcher der Gehalt jährlicher Vierhundert Gulden CM, der Genuß einer freien Wohnung oder des systemmäßigen Quartiergeldes und die Verpflichtung zur Leistung einer Caution im Betrage des Jahresgehaltes, verbunden ist, in Erledigung gekommen. — Die Bewerber um diesen Dienstposten haben ihre diesfälligen Gesuche längstens bis ersten April 1849 bei der k. k. Cameral-Bezirks-Verwaltung in Neustadt einzubringen, und sich darin über die zurückgelegten Studien, über die im Gefälls-Manipulations-, Cassen- und Verrechnungswesen erworbenen Kenntnisse, so wie über die Kenntniß der deutschen und krainischen Sprache auszuweisen und zugleich anzugeben, ob und in welchem Grade sie mit einem Beamten des steirisch-illyrischen Cameral-Gebietes verwandt oder verschwägert sind, dann, ob sie die vorgeschriebene Caution baar oder hypothekarisch zu leisten vermögen. — Von der k. k. steirisch-illyrischen vereinten Cameral-Gefälls-Verwaltung. Graz, am 16. Februar 1849.

3. 363. (1)

Nr. 4768.

E d i c t.

Von dem k. k. Bezirks-Gerichte Radmannsdorf wird hiemit bekannt gemacht:

Es habe Herr Johann Novak von Steinbüchel, wider Frau Maria Hauptmann und Helena Kappus, die Klage auf Verjähr- und Erlöschenklärung nachstehender, auf dem ihm gehörigen, zu Lipenza liegenden, im Grundbuche der Herrschaft Radmannsdorf sub Rect. Nr. 645 vorkommenden Zainhammer haften der Tagposten, als:

- des am 2ten Tage vorgemerkten Vertrages vom 22. September 1806 zu Gunsten der Maria Hauptmann von Krainburg für den Betrag pr. 20 fl. D. W.;
- des am 3ten Tage zu Gunsten eben dieser, wegen zu liefernden Hägel vorgemerkten Vertrages vom 15. ratificirt 23. October 1807, und
- des am 4ten Tage, zu Gunsten der Helena Kappus von Steinbüchel für den Betrag von 1100 fl. D. W., sammt Nebengebühren vorgemerkten gerichtlichen Vertrages vom 28. December 1807, eingebracht, worüber die Tagung auf den 11. April k. J., Vormittags um 9 Uhr vor diesem Gerichte angeordnet worden ist. Da der Aufenthaltsort der Beklagten und ihrer allfälligen Rechtsnachfolger diesem Gerichte unbekannt ist, so hat man auf ihre Gefahr den Herrn Thomas Posnik von Steinbüchel zum Curator bestellt, mit welchem diese Rechtsache nach den bestehenden Gesetzen verhandelt werden wird. Hievon werden die Beklagten mit dem Weisage in Kenntniß gesetzt, daß sie zur angeordneten Tagung entweder selbst erscheinen, oder ihrem bestellten Curator ihre allfälligen Behelfe mittheilen, oder einen andern Bevollmächtigten diesem Gerichte namhaft machen sollen, widrigenfalls sie sich die aus ihrer Versäumnis entspringenden Folgen selbst zuschreiben hätten.

K. K. Bezirksgericht Radmannsdorf am 27. December 1848.

3. 373. (1)

Nr. 23.

E d i c t.

Vom Bezirksgerichte Seisenberg wird hiemit bekannt gemacht:

Es sey über Einschreiten des Anton Skufja von Trebnagoriza, die Einleitung der Amortisirung einer ob der Einhalbhube Rect. Nr. 353, sammt Wohn- und Wirtschaftsgebäuden Nr. 3 zu Dreschbüchel (Trebnagoriza), zu Handen des Herrn Carl Möglitsch aus

dem Schuldscheine ddo. 7. Mai 1794, laut Sachbuchs der Herrschaft Weixelberg tomo VIII, Fol. 25 vorgemerkten Forderung pr. 200 fl. bewilliget worden.

Es wird daher zur Anmeldung der auf diese Tabularforderung machen zu wollen Ansprüche eine Frist von einem Jahre, 6 Wochen, 3 Tagen, von dem untergesetzten Tage gerechnet, mit dem Weisage bestimmt, daß, wenn binnen diesem Termine nicht bekannt geworden wäre, daß der Gläubiger noch am Leben sey, oder nach ihm Erben vorhanden seyen, auf weiteres Anlangen des Obgenannten jene gedachte Vormerkung gelöscht werden würde.

Bezirksgericht Seisenberg den 18. Jänner 1849.

3. 376. (1)

Nr. 5573.

E d i c t.

Vom k. k. Bezirksgerichte der Umgebungen Laibachs wird hiemit bekannt gemacht: Man habe über Ansuchen des Herrn Barthelma Peus von Lustthal, wohnhaft zu Laibach am alten Markte Nr. 135, als Cessionär des Joseph Schittig von Großlupp, gegen Johann Novak von Elappe, wegen schuldigen 167 fl. M. M. c. s. c., aus dem Vergleiche ddo. 7. Aug. 1847, 3. 342, in die Feilbietung der, dem Letztern gehörigen, zu Elappe Haus-Nr. 33 liegenden, der Herrschaft Kaltenbrunn sub Urb. Nr. 42 1/2 dienstbaren, laut Schätzungsprotocoll ddo. 13. November v. J., auf 915 fl. 55 kr. M. M. bewerteten Raiffe sammt An- und Zugehör gewilliget, und zu diesem Ende die drei Tagungen, als: den 29. März, 30. April und 31. Mai 1849, jedesmal früh von 9 bis 12 Uhr in loco Elappe mit dem Anhang anberaumt, daß die feilgebotene Realität bei der 1ten und 2ten Tagung nur um oder über den Schätzungswert, bei der 3ten aber auch unter demselben hintangegeben werde.

Schätzungsprotocoll, Grundbuchs-tract und Licitationsbedingungen können täglich zu den gewöhnlichen Amisstunden hierorts eingesehen werden.

K. K. Bezirksgericht Umgebung Laibachs am 27. December 1848.

3. 375. (1)

Nr. 5769.

E d i c t.

Vom k. k. Bezirksgerichte Umgebung Laibachs wird hiemit bekannt gemacht:

Es werden in der Executionsache des Lucas Schödelich von Laibach, Capuzner-Postamt Nr. 55, gegen Michael Jatzopp von Jeschja, wegen schuldigen 10 fl. 27 kr., die dem Letztern gehörigen, gerichtl. auf 50 fl. M. M. bewerteten Fahrnisse, als: 1 Pferd, 1 Kuh, ein beschlagener Dreisewagen, veräußert, wozu drei Termine, und zwar: der erste Termin auf den 22. März, der zweite auf den 12. April und der dritte auf den 26. April in loco Jeschja mit dem Weisage festgesetzt werden, daß diese Fahrnisse bei der 1ten und 2ten Feilbietung nur um den obigen Schätzungswert oder darüber, bei der dritten aber auch unter demselben gegen sogleich bare Bezahlung werden hintangegeben werden.

K. K. Bezirksgericht Umgebung Laibachs am 8. Jänner 1849.

3. 383. (1)

Nr. 400.

E d i c t.

Von dem Bezirksgerichte der k. k. Cameralherrschaft Laibach wird bekannt gemacht:

Nachdem laut eingelangter Mitteilung des k. k. Bezirksgerichtes Krainburg ddo. 11. Februar 1849, 3. 710, der mit h. a. Decret vom 10. März 1848, 3. 495, als Paul Stofitsch'schen Concursumasse-Verreiter aufgestellte Landesadvocat P. Dr. Franz Presch mit Tod abgegangen ist, so wird Herr Dr. Anton Kundolf, Adv. und Gerichtsadvocat in Laibach, als Verreiter der Paul Stofitsch'schen Concursumasse aus Einern von Amiswegen aufgestellt.

K. K. Bezirksgericht Laibach am 13. Febr. 1849.

3. 325. (3)

Nr. 1778.

E d i c t.

Von dem k. k. Bezirksgerichte Oberlaibach wird kund gemacht: Es sey in die executive Versteigerung der im Grundbuche der Herrschaft Gredon hal unter Urb. Nr. 120 1/2 vorkommenden, gerichtl. auf 1690 fl. 25 kr. bewerteten Viertelhubes des Mathias Mölle in Franzdorf, Consc. Nr. 48, wegen schuldigen 32 fl. 48 kr. c. s. c. gewilliget, und seyen zu deren Vornahme die gesetzlichen drei Termine auf den 20. Februar, 20. März und den 20. April 1849, jedesmal Vormittags im Orte der Realität zu Franzdorf mit dem Weisage angeordnet worden, daß das Versteigerungsobject bei der 3ten Licitationstagsung auch unter dem Werthe werde hintangegeben werden.

Das Schätzungsprotocoll, der Grundbuchs-tract und die Licitationsbedingungen können bei diesem Gerichte eingesehen und in Abschrift erhoben werden.

K. K. Bezirksgericht Oberlaibach am 20. Febr. 1848. Anmerkung. Bei der ersten Feilbietungstagsung ist kein Kauflustiger erschienen.

K. K. Bezirksgericht Oberlaibach am 21. Oct. 1849.

3. 301. (3)

Nr. 3241/3367

E d i c t.

Das löbl. k. k. Bezirksgericht Prem zu Feistritz macht bekannt: Es sey über Ansuchen der Anna und Rosalia Grill von Laibach, wider Margareth Schabek von Sagunie, wegen aus dem gerichtl. Vergleiche vom 5. Juni 1847 schuldigen 163 fl. 7 kr. c. s. c., in die executive Feilbietung der gegner'schen, zur Herrschaft Prem sub Urb. Nr. 55 unterthänigen, auf 1626 fl. 5 kr. geschätzten Realität gewilliget, und es seyen zu deren Vornahme die Tagungen auf den 30. März, 30. April und 21. Mai k. J. 1849, jedesmal früh 9 Uhr in loco der Realität mit dem Weisage anberaumt worden, daß dieselbe bei der 1ten und 2ten Feilbietung nur um oder über den Schätzungswert, bei der 3ten Feilbietung aber auch unter demselben hintangegeben, und daß jeder Licitant ein Badium pr. 150 fl. zu erlegen haben wird.

Das Schätzungsprotocoll, der Grundbuchs-tract und die Licitationsbedingungen können während den gewöhnlichen Amisstunden bei diesem k. k. Bezirksgerichte eingesehen werden.

K. K. Bezirksgericht Prem zu Feistritz am 13. December 1848.

3. 303. (3)

Nr. 18.

E d i c t.

Ueber Ansuchen des Anton Schaiderschiß sen. von Feistritz wird bekannt gemacht: Man habe in die Uebertragung der zu Folge Edictes vom 7. Nov. 1848, Nr. 3371, auf den 8. Jänner, 8. Febr. und 8. März k. J. angeordneten executiven Feilbietung der, dem Jacob Schürzel gehörigen, auf 1583 fl. 5 kr. gerichtl. bewerteten Halbhube in Grafenbrunn gewilliget, und zur Vornahme derselben mit Aufhebung der frühern Tagungen die neuerlichen auf den 31. März, 30. April und 31. Mai k. J., früh 9 Uhr in loco Grafenbrunn mit dem frühern Anhang angeordnet.

K. K. Bezirksgericht Feistritz am 6. Jänner 1849.

3. 359. (2)

Mahlmühl = Verkaufs = oder Verpachtung = Anzeige.

Diese 1 1/2 Stunde von Laibach entfernte, zu Kleinlaß bei Lustthal an der Feistritz liegende, vor drei Jahren nach dem neuesten Geschmack aufgebauete Mahlmühle, worin man wöchentlich 5 bis 600 Merling Getreide vermahlen kann, ist ein Stockwerk hohes, 16 Klafter langes und 6 Klfter breites, mit Ziegeln eingedektes Gebäude, mit drei Wohnzimmern, Küche, Schüttboden, Hofraum, Stallung, Schupfe, Hauschmiede und einer Wiese auf einem immerwährenden Wasserstande. Dieselbe wird unter billigen Bedingungen verkauft oder verpachtet.

Das Nähere erfährt man mündlich, oder auf frankirte Briefe schriftlich bei der Frau Maria Leben, Polana-Vorstadt zu Laibach.

3. 362. (2)

Nachricht.

Ein Haus, in welchem ein Weinschank betrieben wird, sammt Garten in der Polana-Vorstadt, in der Nähe des Marktplatzes, ist aus freier Hand zu verkaufen.

Das Nähere ist im Zeitungs-Comptoir zu erfragen.

3. 292. (3)

Wohnung zu vermieten.

In der deutschen Gasse Nr. 183 ist der ganze erste Stock zu vergeben. Nähere Auskunft wird im 2. Stocke erteilt.

Ein Hausknecht wird gesucht.

Im Zeitungs-Comptoir wird ein Hausknecht, der lesen und schreiben kann, unter guten Bedingungen aufgenommen. Das Nähere daselbst.

hören, und darüber kann kein Zweifel bestehen, es besteht auch bei uns keiner; allein gerade weil der Abgeordnete für die Mosau heute Vormittag bekannt hat, es sei ihm lieber, wenn im Grundgesetze mehr stiche als weniger, um es mehr deutlich zu machen, gerade aus dem Grunde würde ich eine Umgestaltung des §. 2 zu beantragen mir erlauben. Deshalb habe ich mich entschlossen folgendes Amendement zu stellen. Der erste Satz des Paragraphen bleibt derselbe, nämlich: „Vor dem Gesetze sind alle Staatsbürger gleich.“ Eine Bevorzugung einzelner Stände ist eben so wenig zulässig, als die Geltendmachung besonderer Ansprüche oder Vorrechte an den Staat aus dem Titel adeliger Geburt; daß der Adel als Stand, nämlich als eine nach der bisherigen Landesverfassung zu besonderer Vertretung auf dem Landtage privilegierte Corporation aufzuheben habe, und in Zukunft auch die Provinz-Vertretung nach dem Principe der Volksvertretung reguliert werden muß, unterliegt keinem Zweifel. Es gibt aber auch noch eine Klasse von Adel, welche nicht landständisch oder landtafelmäßig ist, und diese Klasse von Adel ist es, welche dem Volke gegenüber bei mancher Gelegenheit und auf Grund gewisser Bestimmungen vorzügliche Begünstigungen oder Vorrechte in Anspruch genommen hat. Ich erlaube mir, meine Herren, darauf hinzuweisen, daß in unserer Provinz mehrere Fonde bestehen, welche nicht unbedeutend sind, und die nur vom Adel, gleichviel ob er immatriculiert ist oder nicht, ausgebeutet werden. Es besteht z. B. der Fond des aufgelösten Haller Damenstiftes mit einem Fondscapitale von mehr als 800.000 fl., ein eben solcher Fond besteht rücksichtlich des adeligen Damenstiftes, ein gleicher Fond von mehr als 160.000 fl. besteht bezüglich der Theresianischen Ritter-academie. Ich frage Sie, meine Herren, ist es vereinbarlich mit den Grundsätzen der Gleichheit und Gleichberechtigung, welche eine freisinnige constitutionelle Regierung in Oesterreich befolgen muß und befolgen wird, wenn diese Fonde, welche gewiß mit Rücksicht auf die Ausdehnung der Provinz nicht unbedeutend sind, ausschließlich zur Unterstützung adeliger Jünglinge oder adeliger Fräuleins verwendet werden? Keineswegs; ich glaube daher, daß der Beisatz, wenn man im Paragraphen sagt, daß auch eine Geltendmachung besonderer Ansprüche oder Vorrechte an den Staat aus dem Titel adeliger Geburt nicht zulässig ist, gewiß den besten Eindruck auf das Volk nicht verfehlen wird, so wenig als man läugnen wird, daß z. B. die Aufhebung der Militärbefreiung für den Adel von Seite des Volkes mit Willkommen aufgenommen worden ist. In dieser Beziehung, ohne etwas weiteres mehr zu bemerken, habe ich den Antrag bereits auf den Tisch des Hauses niedergelegt, dessen Annahme das Volk befriedigen, den Adel aber nicht unnötigerweise kränken oder verletzen wird, und schließe meine Worte mit dem Sage: „Quidquid agis, prudenter agas, et respice finem.“

Präs. Der mir übergebene Verbesserungs-Antrag des Abg. Strasser lautet: „Vor dem Gesetze sind alle Staatsbürger gleich, eine Bevorzugung einzelner Stände ist eben so wenig zulässig, als die Geltendmachung besonderer Ansprüche oder Vorrechte an den Staat aus dem Titel adeliger Geburt.“ Diejenigen Herren, welche diesen Antrag zu unterstützen wünschen, wollen es durch Aufstehen kund geben. (Wird unterstützt.) Die Reihe trifft den Abg. Szábel.

Abg. Szábel. Meine Herren! Als ich hörte, daß die Majorität des österreichischen Volkes in der eben uns gegebenen Deutung gegen den §. 1 ist, da war ich wirklich im Zweifel, ob ich bei diesem §. gegen das schöne Geschlecht in die Schranken treten soll. (Heiterkeit.) Ich kann jedoch nicht umhin, doch dafür das Wort zu ergreifen, und werde mich dabei möglichst kurz fassen. Es wurde der Adel aus verschiedenen Standpunkten verthei-

digt. Aus dem Standpunkte des historischen Rechtes. Ja, meine Herren, so abenteuerlich es auch klingt, aber es gibt gewandte Juristen, wir haben es beim ersten §. gesehen, die alles Mögliche zu vertheidigen im Stande sind. (Gelächter und anhaltender Beifall.) Der §. 3 wurde von seinen einzelnen Vertheidigern aus dem Standpunkte des Mitleids aufgefaßt. Nun, meine Herren, da muß ich gestehen, fällt mir das Sprichwort ein: „Vor meinen Feinden werde ich mich selbst bewahren, bewahrt mich nur vor solchen Freunden.“ Den Adel so herabzuwürdigen, um ihn zum Gegenstand des Mitleids vor den Gesetzgebern zu machen, das muß ich sagen, ist mir von den Vertheidigern eine unbegreifliche Taktik, man könnte nicht mit größerer Entschiedenheit gegen den Adel sprechen, als aus dem Standpunkte des Mitleids für den Adel. (Bravo.) Ihre höchste Kraft haben die Vertheidiger entwickelt in der historischen Erinnerung, allein, meine Herren, auch diese Waffe ist, wenn wir sie näher betrachten, nicht haltbar. Die historischen Erinnerungen sind Erinnerungen, welche Geschlechtern, welche Familien angehören, ich finde aber damit durchaus noch nicht die Idee des Adels verbunden; man müßte dann anerkennen, daß historische Erinnerungen für nicht adelige Geschlechter gar nicht vorhanden seyn könnten, dann müßten Sie gar manche glänzende Namen aus der Geschichte streichen, die eben so viel Werth und Anspruch haben, als Erinnerungen in nicht adeligen Familien fortzuleben, wie die Thaten der adeligsten und urältesten Fürsten-Geschlechter. — Was ich mit Bedauern bei den meisten Rednern, die mit mir für den §. gesprochen haben, wahrgenommen habe, ist eine gewisse Gereiztheit; es tritt ein Rachegefühl für alle empfundenen Unbilden hervor, welche der Adel nach der Geschichte an den Völkern begangen hat. Nun, meine Herren, Unbilden mögen noch so groß seyn, sie können den Gesetzgeber nie leiten; nicht das Rachegefühl, das Gefühl für die unbedingte Nothwendigkeit, das Gefühl für Gleichheit, für die unbestreitbare Wahrheit sind jene Grundlagen, auf welche der Gesetzgeber seine Gesetze bauen muß. (Beifall.) Ich fasse daher die Frage von dem Standpunkte der politischen Nothwendigkeit auf. Es fällt mir auf, meine Herren, daß Diejenigen, welche die Ableitung der Herrscherge-walt vom göttlichen Willen vertheidigt haben, nun auch die Titel des Adels vertheidigen. (Bravo.) Es scheint mir, daß die Vertheidiger des Reiches von Gottes Gnaden und die Vertheidiger dieser unschuldigen Titel in irgend einem Brennpunkte mit einander zusammentreffen. (Bravo.) Die angestrebte Legitimität der Krone scheint dasjenige Ziel zu seyn, wozu die Legitimitäts-Gelüste von unzähliger kleiner Herrlichkeit streben; ich befürchte, daß, nachdem der Adel alle Vortheile leichten Herzens, wenigstens scheinbar, aufgegeben hat, aber an dieses so unscheinbare, und gar keinen Vortheil biethende Eigenthum so fest sich klammert, daß es etwas viel weiter Zielendes, viel tiefer Greifendes im Sinne hatte. (Bravo.) Sie klammert sich an die Legitimität, welche in der Krone ihre Anerkennung anstrebt Sie will noch vereint durch Titeln, die Schaar bilden um den Thron, jene Schaar, welche die Völker bis jetzt so fern vom Throne gehalten hat (Bravo), und wenn mich irgend etwas veranlassen kann, gegen den Adel zu sprechen, so ist es nicht die Eitelkeit, so ist es nicht die Sucht, ein historisches Eigenthum zu zerstören, das ich nicht besitze, eine Eigenschaft Jemanden zu nehmen, welche im Grunde — scheinbar — Niemanden schadet; es ist die Sucht, das zu zerstören, was bis jetzt so viel Unheil gestiftet hat, nämlich jene privilegierte Mauer zu zerstören, an deren Aufbau man jetzt wieder die Hand angelegt hat. (Beifall.) Der Abg. für Tachau hat wenigstens meiner Ansicht nach als triftigsten Grund, warum wir die Adelstitel unangetastet lassen sollen, die

Meinung des Volkes angeführt. Diese Appellation, meine Herren, kommt mir sehr gefährlich vor. Es ist wahr, daß im Volke, sobald die Vorrechte des Adels fallen, kein eigentlicher Haß gegen den Adel vorhanden ist, allein dieser Haß ist, wie ich voraussetze, auch in uns nicht vorhanden; jedoch, meine Herren, das Volk, die Masse greift in ihrem Urtheile nicht so weit vor, als wie es die Aufgabe des Gesetzgebers ist, vorzugreifen. Die Masse betrachtet nur die ihm zunächst liegenden Gegenstände, es urtheilt nur darnach, ob es ihm Vortheil oder Gewinn bringt, es urtheilt nicht nach den tieferen Gründen, welche den Gesetzgeber leiten müssen. Ich werde bei der Adelsfrage mich nicht länger aufhalten, es ist ein fruchtloses Bemühen. Wir sehen hinter jedem Paragraphen entweder die Otkober-Gespensier oder unübersteigliche Rücksichts-Barrikaden, ich sehe, daß wir von Paragraph zu Paragraph mit halben Maßregeln zu Werke gehen. Ich will in der Adelsfrage nicht zu dem Aeußersten schreiten, und auch nicht ein Amendement stellen, was das Aeußerste ausspricht, und schließe mich dem Antrage Schussek's an, weil ich diese Frage, so drohend sie mir für die Zukunft erscheint, doch nicht für wesentlich genug halte, um daran unser ganzes künftiges Verfassungswerk scheitern zu machen. Dieß, meine Herren, bestimmt mich, über die Adelsfrage hinwegzugehen, denn, wenn die Gleichheit in den nachfolgenden Paragraphen der Grundrechte von uns festgestellt werden kann, so will ich diese Möglichkeit an diesem Paragraphen nicht scheitern sehen. Bezüglich der weiter in dem §. 3. enthaltenen Grundsätze habe ich ein Amendement eingebracht. Der zweite Satz lautet: „Die öffentlichen Aemter und Staatsdienste sind für alle dazu befähigten Staatsbürger gleich zugänglich.“ Nun, meine Herren, ich muß gestehen, daß mir dieser Ausdruck „zugänglich“ nicht ganz gefällt, er ist mir zu wenig bestimmend, und spricht mir zu wenig das Princip der Gleichheit aus; ich glaube, daß, nachdem unsere Vergangenheit so viele Beispiele enthält, wo die Gleichheit mit Füßen getreten wurde, wir einen bestimmteren Ausdruck finden müssen, um die Gleichheit auch wirklich ins Leben einzuführen. Ich habe daher folgenden Abänderungsantrag gestellt: „Zu öffentlichen Aemtern und Staatsdiensten sind alle dazu befähigten Staatsbürger gleichberechtigt, es gibt keinen anderen Vorzug, als den der höheren Befähigung.“ — Meine Herren, es hat den Anschein, als wenn durch eine solche Abänderung Rechte geschaffen würden, die vielleicht über unsere Intention, über unsere Absicht hinausgehen, daß dadurch gewissermaßen jedem Befähigten sogleich eine Anstellung zugesichert würde; das drückt aber mein Abänderungsantrag nicht aus, er will nur ganz bestimmt und unzugänglich jeder Deutung aussprechen, daß alle Aemter wirklich jedem befähigten Staatsbürger zugänglich sind, daß er dazu auch die Ansprüche nach dem einzigen Maßstabe der Befähigung hat, und ich glaube, daß dieser Abänderungsantrag, weil er deutlicher ist, weil er die Gleichheit kräftiger ausspricht, auch ein gut gestellter ist. Mein weiterer Antrag ist, in dem §. 3 nach dem Sage: „Ausländer sind vom Eintritte in Civildienste und in die Volkswehr ausgeschlossen“ — zu stellen: „Ausnahmen sind nur bei höheren Unterrichtsanstalten, bei technischen Staatsanstalten und für die Kriegsmarine statthaft.“ Dieser Antrag für höhere Unterrichtsanstalten ist, glaube ich, schon gestellt worden, ich fasse ihn auch in meinem Amendement auf, weil ich es unumgänglich nothwendig halte, diese Ausnahme auszusprechen. Es wurde von dieser Tribune gegen ein ähnliches Amendement eingewendet, daß es für die Gesamtheit der österreichischen Staatsbürger eine Brandmar-kung wäre, wenn man in den Grundrechten

selbst die Unfähigkeit für wissenschaftliche Fächer ausdrücken, dadurch gewissermaßen an das Ausland für ähnliche Kräfte appelliren wollte. Es ist sehr schön, das Selbstvertrauen bildet allerdings die Grundlage, und zwar die kräftigste Grundlage des Selbstbewußtseyns und der Kraft. Allein, meine Herren, mit derlei Vertrauensbezeugungen unserer Fähigkeiten reichen wir im practischen Leben nicht aus. Ich erlaube mir, Ihre Aufmerksamkeit auf unsere Universitäten hinzuweisen. Es wird Ihnen nichts fruchten, wenn Sie in den Grundrechten hinstellen, die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei, wenn in Oesterreich nicht auch Männer vorhanden sind, welche die freie Wissenschaft auch frei, von der Idee der Freiheit durchdrungen vortragen können. Und woher sollen diese Männer kommen? Ich gestehe ehrenwerthe Ausnahmen zu, allein im Allgemeinen kann es unmöglich der Fall seyn, daß eine hinlängliche Anzahl von geeigneten Männern für alle Fächer der Wissenschaft vorhanden sei, und wenn nicht auf den Universitäten die Jugend durch Herbeiziehung von solchen Elementen bald ihrem Ziele zugeführt wird, dann, meine Herren, verkümmern wir trotz den freisinnigsten Paragraphen der Grundrechte. (Beifall.) Eine zweite Ausnahme „bei technischen Staatsunternehmungen“ hat auch seine Bedeutung, es bezieht sich auf das Bergwesen, es bezieht sich auf jene Unternehmungen, welche theils vom Staate nur geleitet werden, oder im Interesse des allgemeinen Wohles vom Staate eingerichtet werden müssen. Um einen speciellen Fall dafür anzuführen, erwähne ich die Nothwendigkeit der Einrichtung von großartigen Maschinenanstalten von Seite des Staates; die Privatindustrie ist in dieser Beziehung nicht hinlänglich, ihre Kräfte reichen nicht aus; wir haben Beispiele von Unternehmungen mehrerer Art durch Private, die in Oesterreich durch vorherrschende ungünstige Verhältnisse bald ihren Untergang gefunden haben. Es ist aber für die österreichische Industrie sehr nothwendig, vom Auslande in dieser Beziehung unabhängig dazustehen; es ist nothwendig, daß, wenn auch mit Opfern von Seiten des Staates, großartige Maschinenanstalten errichtet werden. Die Nothwendigkeit einer weiteren Ausnahme findet sich bei der Kriegsmarine vor. Ich will nicht das widerlegen, was so beredte Redner heute gesprochen haben, bezüglich Dalmatiens. Ich bin ganz damit einverstanden, daß wir in unserer Monarchie Kräfte haben, um daraus eine Kriegsmarine heranzubilden, allein eben dadurch, daß die Kräfte nur vorhanden sind, aber erst herangebildet werden müssen, glaube ich, daß die Kriegsmarine, welche wesentlich auch in neuester Zeit mit der Dampfmachine verbunden ist, die Ausländer nicht entbehren könne, und ich kann diesen Schritt des Ministeriums, dafür das Wort ergriffen zu haben, nur loben. Gegen den Antrag, welcher in der Richtung gestellt wurde, daß Ausnahmen den gesetzlichen Bestimmungen vorbehalten bleiben, daher es nicht nothwendig sei, selbe in den Grundrechten zu bestimmen, muß ich mich offen erklären; ich glaube, daß es bei unseren Verhältnissen allerdings nothwendig sei, sie in den Grundrechten zu bestimmen, denn ich habe nicht viel Vertrauen zu den künftigen Bestimmungen. Ob wir an diesen Bestimmungen Antheil nehmen, ob diese nicht im Wege der so beliebt gewordenen Ordonanzen erfolgen, ob diese Bestimmungen nicht künftigen, legislativen Körpern vorbehalten bleiben, deren Zusammenstellung, und unter welchen Einflüssen sie erfolgt, unbestimmt ist? diese Fragen sind noch nicht gelöst. Dieß Alles beunruhigt mich, und ich wünschte, in den Grundrechten wirklich alle jene Verwaltungszweige, wo diese Ausnahmen stattfinden dürfen, bezeichnet zu sehen. — (Verläßt unter Beifall die Tribune.)

Präs. Ich erlaube mir, aus Anlaß der Begründung dieser Anträge die Unterstützungsfrage zu stellen. Der erste Theil des Ver-

besserungsantrages des Abg. Szabel ist ein Unterantrag zu dem des Abg. Schuselska, und geht dahin, von den Worten: „Adelsbezeichnungen jeglicher Art“ die Worte: „jeglicher Art“ wegzulassen. Es ist eigentlich das fünfte Minoritätsvotum zu §. 3. Wird dieser Antrag unterstützt, wegen Hingewerfung dieser Worte? (Wird nicht zureichend unterstützt.) Der zweite Antrag lautet: „Zu den öffentlichen Aemtern und Staatsdiensten sind alle dazu befähigten Staatsbürger gleichberechtigt. Es gibt keinen andern Vorzug, als den der höheren Befähigung.“ Wird dieser Antrag unterstützt? (Wird zureichend unterstützt.) Der weitere Antrag, die Ausländer betreffend, geht dahin, nach den Worten „ausgeschlossen“ komme die Bestimmung: „Ausnahmen sind nur bei höheren Unterrichtsanstalten, technischen Staatsunternehmungen und für die Kriegsmarine statthaft.“ Wird dieser Antrag unterstützt? (Wird zureichend unterstützt.) Der Abg. Fischhof hat dem Abg. Sierakowski das Wort abgetreten, derselbe hat bereits gesprochen. Es trifft nunmehr die Reihe den Abg. Löhrer.

Abg. Löhrer. Es ist kurze Zeit, daß ich auf dieser Bühne stand, doch sehe ich mich heute in einer ganz anderen Weise hier. Wenn es mir neulich schien, als ob eine gewaltige Geister Schlacht in diesem Hause gekämpft würde, nicht unähnlich jener hehren Hunnen-Schlacht, so gemahnt es mich heute idyllisch. Es ist mir, als sehe ich ländliche Kinder um einen Hasen streiten, in dem einmal ein Brei war, ob er noch darin ist oder nicht. Um den Hasen wird gestritten, und geht der Hasen darüber zu Trümmern; findet es sich endlich, daß der Gegenstand des Streites nichts als eine bloße Erinnerung war, nun so gehen die Streiter ebenso heiter nach Hause, als wenn ihr Kampf ein wirkliches Ziel gehabt hätte. In der Hinsicht brauchte ich vielleicht mich nur kürzer zu fassen, bloß an einen früheren Tag zu erinnern, wo ich auch nur in heiterer Weise eine kleine Operation an unseren socialen Verhältnissen zu versuchen glaubte, indem ich proponirte, den Adel so ganz in Stille abzuschaffen. Ich habe mich dazu überzeugt, daß ich mir hier unnütze Mühe gegeben habe, es ist nach mir ein Redner gekommen, der mich überflüssig machte; jener Ujar des Reichstages, der mit eisernen Schritten wahrhaft werth des Namens „Vertreter von Eisenbrod“ hier in diesem Reichstage den Raum umschritten, in dem wir frei seyn sollen; — den Raum, der weit genug ist für das hochtragendste Männerhaupt, weit genug, um Raum zu geben für die freiathmendste Brust, — der würde auch heute mit gewaltsamer Wucht, mit einem Schlag das niederwerfen, was vielleicht eine leichtere Hand auch niederzuwerfen vermag. Ich will ihm diese Mühe ersparen, und erlaube mir darum etwas breiter zu seyn, als ich mir sonst hier gestattet hätte. Ich habe aufmerksam sämtliche Reden hier zugehört, und manches übergehe ich, was bereits gründlich vorgebracht, was mir befriedigend widerlegt scheint, allein ich habe doch noch einige Punkte gefunden, an welche ich mich zu hängen glaube. Ich spreche für den Paragraph, das heißt, ich spreche für die meisten Sätze, die in diesem Paragraphen stehen und spreche nur in einem Punkte für das Amendement Schuselska; — warum, werde ich auszudrücken die Ehre haben. Ich sehe mich genöthigt, auf einige Punkte zurückzuführen, die von den früheren Rednern vorgebracht worden sind, die aber nach meiner Meinung noch nicht volle Würdigung gefunden haben. Ich komme hauptsächlich auf die Bemerkungen des Abgeordneten für Tachau. Ich muß vor Allem meine Freude ausdrücken, daß das Auftreten des Abgeordneten bei diesem Paragraphen und nicht bei dem ersten eine seltsame Befürchtung zerstreut hat; ich weiß nicht, wie es kommt, und ich bedauere, daß ein Abgeordneter für einen Bezirk von Wien auf dieser Tribune Anlaß nahm zu Ausfällen gegen dieses Mitglied, daß man hier so viel

von einem angeblich gedruckten Neuentwurfe der Grundrechte sprach. Ich bin überzeugt, und es hat sich auch wirklich bei diesem Falle herausgestellt, daß wohl der Herr Abgeordnete für Tachau nur einen einzelnen Antrag gestellt hat, aber weiter nichts, daß das also wahrscheinlich nur ein Scherz war, den man auf seinen Namen hat drucken lassen, was in jetziger Zeit nicht schwer ist. Es ist dieser Entwurf niemals von ihm anerkannt worden, und ich muß gestehen, daß ich diesen Entwurf der Grundrechte in meinen Träumereien einen Entwurf der Grundrechte des Vellejus Patenculus II. zu nennen gedachte, oder einen Entwurf, wie man eigentlich dem Volke im Grunde keine Rechte lassen sollte. Wie gesagt, das hat mich sehr erfreut, daß nichts daran ist. Ebenso muß ich meine Freude bei dieser Gelegenheit ausdrücken, daß diesmal das Ministerium im Hintergrund geblieben ist. Bei dem 1. §. zog es Wolken zusammen wie Zeus und donnerte, diesmal kommt nur eine friedliche Iris, der Abgeordnete für Tachau, und bringt uns aus zweiter Hand die Botschaft des Göttervaters. Das freut mich, meine Herren, Sie wissen, die Iris ist der Regenbogen, und berechtigt uns, ihn als ein schönes Zeichen für unsere weitere Zukunft anzusehen. Indessen muß ich gestehen, hat der Herr Abgeordnete für Tachau bedenkliche Bemerkungen gemacht über einzelne Punkte, und ich werde mich bemühen, ihm, so weit als meine Logik reicht, entgegen zu treten. Der Abgeordnete für Tachau hat vor Allem sich gegen diesen Paragraph, so wie er dasieht, scharf und schneidend ausgesprochen, weil er eine zusammengewürfelte Mosaik sei, er hat uns gesagt, es seien Dinge zusammengestellt, die nicht zusammen gehören, er hat vorgeschlagen, Dinge wegzulassen; was aber dann mit ihnen zu geschehen habe, das hat er nicht gesagt. Ich setze zwar voraus, daß er sich vorgenommen hat, bei einem entsprechenden Paragraphen jene Stellen wieder einzuschalten, allein ich bin durch einen seltsamen lapsus memoriae dieses Abgeordneten daran irre geworden. Er hat bemerkt gemacht, daß der Ausschluß der Ausländer vom Eintritte in Civil- und Militärdienste nach dem Antrage von 8 Männern des Constitutions-Ausschusses hier weg zu fallen habe. Er hat aber den kleinen Umstand vergessen, daß dieselben Männer diesen Punkt wo anders, und zwar beim §. 27 einzuschalten ausdrücklich beantragt haben. Alle diese 8 Männer haben also mit der einen Hand hier weggenommen, um es mit der andern dorthin zuzulegen. Das hat aber der Abgeordnete nicht ausgesprochen. Ich muß läugnen, daß der Ausspruch ein richtiger ist, nach welchem hier heterogene Dinge zusammengewürfelt wären. Der Herr Abgeordnete hat nämlich in Bezug auf die Ausländer bemerkt, es sei ganz unzulässig, eine Beschränkung des Eintrittes der Ausländer in österreichische Staatsdienste vorzubringen, wo es sich bloß um das Princip der Gleichheit der Staatsbürger und dessen Konsequenzen handelt. Nun, es ist etwas Eigenthümliches, und es mag vielleicht das Studium des römischen Rechtes dazu beigetragen haben, daß der Herr Abgeordnete sich nur auf Principien und deren formale Folgen einlassen will. Meine Herren! Wir müssen doch einen Inhalt des Principes haben, wenn uns die Konsequenzen etwas nützen sollen. Nun denken Sie sich, meine Herren, wenn es heißt: „Vor dem Gesetze sind alle Staatsbürger gleich,“ was ist damit eigentlich den Staatsbürgern gegeben? — denken Sie sich ein Ausland ohne Bojaren, wo alle acht und dreißig Millionen einem Gesetze unterworfen sind!!! Wäre da nicht das schöne Gesetz der Gleichheit vollkommen da? Da haben Sie, meine Herren, die Konsequenzen eines leeren Principes; da folgt die Konsequenz von selbst: es unterliegt Jeder der Strafe, in die Bergwerke geschickt zu werden, der Strafe, die Knutenhiebe in gleicher Zahl zu empfangen. (Heiterkeit.) Das sind lauter Konsequenzen,

meine Herren! Worin liegt der Fehler? Daß das Princip selbst ein formales ist, nämlich die gleiche Berechtigung oder Nichtberechtigung ausspricht, ohne einen Gegenstand, denn ein Minimum der Berechtigung ist am Ende eine gleiche Nichtberechtigung; darum hat der Constitutions-Ausschuß ganz wohl bei dem Punkte, wo er die Gleichheit aller Staatsbürger ausspricht, in Bezug auf den Zutritt zu den öffentlichen Aemtern auch jene Beschränkung gemacht, durch welche erst die Summe der öffentlichen Aemter, eben ein Allen gleich zugängliches, für sie vertheilbares und an sie wirklich entfallendes Gut ist, nämlich dadurch, daß er dafür gesorgt hat, daß nicht diese Aemter so hien und her an Fremde gegeben werden, während die Anderen das gleiche Recht hätten graue Praktikanten zu werden. Meine Herren, es hat Zeiten bei uns gegeben, und diese Zeiten haben erst aufgehört, als Oesterreich Belgien verloren, wo dieser Paragraph jeden Tag seine schreiende Anwendung gefunden hätte. Sie werden gewiß in Ihrer Familie irgend einen alten Herrn wissen, der Ihnen von der Zeit erzählen wird, wo die belgischen und französischen Namen in den Schematismen sowohl des Kriegs- als Civilstandes wimmelten und die gleichen Oesterreicher hatten auch die gleiche Berechtigung, es konnte Einer wie der Andere unbefriedigt vom Thore gehen, durch welches man zu Staatsdiensten einging. Die Konsequenzen eines Begriffes sind wenig, wenn man seinen Inhalt wegschneidet, und so, meine Herren, ist es ganz gut und logisch verbunden, daß, nachdem man gesagt hat, die Gleichberechtigung der Bürger existire, — daß auch dafür gesorgt werde, daß ein Objekt da sei, auf welches die Gleichheit gehe, nämlich daß nicht ein Ausländer, ein Schweizer, ein Belgier dem Inländer das wegnehme, was eigentlich den Werth des Rechtes oder vielmehr den Gegenstand dieses Rechtes ausmacht. So hat nun weiters der Herr Abgeordnete für Tachau, in einer Art, die um seine edle Ausdrucksweise zu gebrauchen, ein Werkstülpel für die Kammer seyn soll, dekretirt: es gehört nicht hieher, daß hier ein Satz gegen erbliche Auszeichnung vorkomme, das ist eine Prerogative der Krone, solche zu verleihen, und hat in den zweiten Theil der Constitution zu kommen; wieso, meine Herren, handelt es sich hier um das Recht, welche Auszeichnungen der Monarch zu geben habe? Wie der Angeordnete sagt, hat sich der Constitutions-Ausschuß wirklich eingelassen, festzusetzen, welche Orden der Monarch zu errichten habe, welche Titel er vertheilen dürfe; nein, meine Herren, er hat nicht die Art der Auszeichnungen bezeichnet, das gehört allerdings zum sogenannten königlichen Rechte, was der Herr Abgeordnete für Tachau nach einem biblischen Ausdruck hier angewendet hat. Es handelt sich hier um die Gleichberechtigung, die Gleichberechtigung des Verdienstes ist aber nicht mehr da, wenn das, was ich vielleicht im Schweiße meines Angesichtes, mit meinem edelsten Herzkulte mir erkämpft habe, ein Anderer neben mir hat, bloß weil er, um mit Beaumarchais zu reden, sich die Mühe gab, geboren zu werden. Meine Herren, ist das die Logik, die uns so schneidend entgegen getreten war? Ich muß gestehen, daß ich erstaunt bin, daß man glaubt, daß eine Versammlung, wie ich sie hier sehe, sich mit solchen Phrasen abspülen lassen, daß sie solche Schnippchen ins Gesicht hinnehmen wird. Wie gesagt, bedauere ich, daß ich solche Ausdrücke wiederholen muß, wie sie ein Herr Redner gebraucht hat von dieser Tribune, ich wünschte, daß von hier das Edelste in der edelsten Form erschallte; allein, hat man diese Tribune benützt, wie ich sie schon benützen hören mußte, zu unwürdigen Scherzen, zu anmaßenden Sophistenphrasen, so muß auch ich in den Vorräthen der deutschen Sprache nach Knütteln suchen. Es ist eben so ganz ruhig gesagt worden, mit einer Sicherheit, die an die Zeit erinnert, wie sie Tacitus geschildert hat. Die

Verfügung bezüglich der Ausländer gehöre nicht hieher, die Anstellung der Ausländer sei eine Verwaltungssache. So, meine Herren? Enthält die Bestimmung, wie sie hier steht, etwas, wie die Anstellung der Ausländer statzufinden hat? Nein, meine Herren, hier handelt es sich um die Rechte des österreichischen Bürgers, und wir haben sie festzusetzen, seine Rechte, denn dafür sind wir der constituirende Reichstag. Nicht wer ein Amt zu verleihen hat, sondern wer eine solche Befähigung hat, daß er überhaupt in Oesterreich ein Amt erhalten könne, wer befähigt seyn soll, mit uns den Bürgern dieses Staates in Concurs zu treten, das steht hier, und das müssen wir auszumachen haben, denn wir, nicht die Verwaltungs-Behörden, haben die Volksrechte zu gründen, also gehört auch das in die Volksrechte, wer das Recht haben soll, mit den Männern des Volkes die Vortheile zu theilen, welche in einem Amte liegen. Es ist in Bezug auf den zweiten Absatz weiter die Bemerkung gefallen, daß man den Adel hier gleichsam ein zweites Mal noch der Standesvorrechte zu berauben sucht, daß man ihm gleichsam hier noch ein letztes Denkmal unehrenvoll setzen will, indem man ihn speciell abschafft; das ist durch das Amendement des Abg. Schuselka gehoben, denn das Amendement Schuselka geht weiter, ich habe daher in dieser Hinsicht die Argumentation des Abg. für Tachau weiter nicht anzugreifen. Wohl aber muß ich die Argumentation angreifen, wenn man uns bedenklich machen will, daß in unseren Grundrechten die Fassungen, welche durch ein Präsenz ein Gesetz ausdrücken, unpassend, daß sie eines Grundgesetzes unwürdig seien, als zu scharf und deutlich Zeit, Ort u. s. w. der Adelsabschaffung datirend, statt abgeschlossenen und wortfarg außer und über aller Wirkksamkeit zu stehen, wie die römischen Zwölftafeln. Warum, meine Herren, sollen wir, die wir das Volk vertreten, die wir das Volk sind, mit sanften, seidenen Feiertags- und Tränkeinsworten die Dinge anfassen, statt sie mit dem rechten Namen zu nennen? Warum sollen wir es nicht als ehrenvolles Denkmal betrachten, daß man sagt: „Von diesem Jahre an, wurde die wahre Gleichheit in Oesterreich hergestellt.“ Meine Herren, wir machen mit den Grundrechten ein Stück Geschichte, warum sollen wir nicht das Datum zu einem Punkte hinzufügen, der nicht der letzte seyn wird, uns Ehre zu machen, wenn ihn diese Kammer annimmt. Ich habe mich fernerhin über einige Bemerkungen auszulassen, in Bezug auf welche Art der Adel aufzufassen sei. Es ist der elegische Standpunkt des Mitleids, den sich der Abgeordnete für die Josephstadt, als auch der landschaftlich-idyllische, den der Abgeordnete von Sternberg genommen hat, schon gewürdigt worden. Ich werde vielleicht noch darauf zurückkommen. Vor Allem aber muß ich den festhalten, um welchen sich die ganze Debatte zu drehen scheint, den nämlich: daß man uns versichert, es sei unrecht von uns, den Adel abschaffen zu wollen, da er ja keine Standesvorrechte mehr haben solle, und daher falle der Grund hinweg, ihn abzuschaffen. Ich muß gestehen, daß der Kern der Sache derselbe bleibt, wenn man sich klar macht, und das habe ich in den meisten Reden vermist, für was man den Adel hält. Ein Redner hat gesagt: Es sei eine Belohnung des Ersten, und ein Gut, ein Besitz des Zweiten. Seltsame Theorie! Er soll ein Besitzthum sein? Sagen Sie, meine Herren, was ist das für ein Besitzthum, mit welchem sie die wichtigsten Attribute des Besitzes nicht anwenden können? Sie können ihn nicht consumiren, nicht weiter geben, nicht einmal durch den eigenen Willen vernichten, denn der Adel ist ja erblich, und wenn ich heute auf den Adel verzichte, so hat mein Sohn das Recht, aus der Tauf-Matrix zu beweisen, daß er das Recht auf den Adel hat, denn er ist adelig geboren. Sie haben weiter gehört, daß dieser Adel kein Vorrecht sei. Seltsam! — Was soll der Adel denn seyn,

wenn er nicht ein Privilegium ist, und ein Privilegium ist er, denn es ist das Gesetz dafür da, daß, wer den Adel führt, ohne ihn vom Staate erhalten zu haben, der fisciischen Action unterliegt. So ist es ja ein Vorrecht; denn der Staat straft Denjenigen, der einem Titel führt, ohne ihn vom Staate erhalten zu haben, so gut wie den, der einen Fabrikzweig betreibt, auf den Andere ein ausschließendes Recht haben. Ich muß gestehen, daß ich mich wundere, daß die Herren uns haben glauben machen wollen, es handle sich bloß um einen bevorzugten Gerichtsstand, um eine Ausnahme bei der Rekrutierung. Die Führung des Titels selbst und der Genuß der damit verbundenen Achtung ist das Grundvorrecht des Adels, von welchem die andern abhängen; und man sagte uns, wenn diese Vorrechte abgeschafft sind, so liege an dem Titel nichts! So lange es ein Gesetz gibt, welches den Einen straft, der einen Titel führt, und den andern Bevorzugten nicht, so ist das keine Gleichheit vor dem Gesetze. Das Gesetz macht vielmehr gerade den Unterschied. Ich muß weiter erinnern, und ich muß gestehen, daß ich mich wundere, daß ich als ein Nichtjurist Ihnen dies erzählen muß, wo ich so viele Juristen und Verwaltungsbeamte in diesem Hause sehe, die ich gewiß nach reifer Ueberzeugung mit bestem Willen die Wahrheit über diese Frage habe sprechen gehört. Ich muß Sie erinnern, meine Herren, daß ein Adelliger zum Bürgerlichen degradirt wird, wenn er ein schweres Verbrechen begeht, und man erzählt uns, daß der Adel kein Vorrecht ist. Nun, wohl, ich nehme es mit euch an, sagt, daß der Bürgerliche, der ein Criminalverbrechen begeht, zum Adelligen degradirt werde, dann wird der Adel kein Vorrecht mehr sein. Das, meine Herren, sind positive Punkte, und ich glaube, daß man nicht Lehrer des Rechtes, nicht Verwalter des Rechtes zu sein braucht, um es aus dem Gesetzbuche zu wissen, und es hier anzuführen, wenn man es weiß. Man hat uns weiter gesagt, wir können den Adel nicht aufheben, der Adel wurzelt in den Erinnerungen des Volkes; der Adel ist etwas immaterielles, ihr werdet ihn nicht treffen! Da antworte ich, wie einst August der Starke, als er mit Kaiser Joseph dem Ersten in der Burg schloß, und ein Jesuit als Gespenst verkleidet ins Zimmer trat: Laßt mich den Streich nur zur Probe führen, wenn er nicht trifft, so ist es ein Gespenst. Laßt uns die Probe machen, wir wollen sehen, ob das, was wir vorschlagen, wirkt oder nicht! Laßt uns den Adel vom Staate ablösen, und sehen, ob er ohne denselben fortbesteht. Nimm man den Punkt hinweg, wo er durch die Gesetze mit dem Volksleben zusammenhängt, und dann laßt uns sehen in 30 Jahren, wie viel vom Adel übrig seyn werden. Ist es die Erinnerung des Volkes, auf die man sich heute so gerne beruft — laßt uns den Streich führen, wir wollen sehen, ob der Streich das Gespenst nicht trifft. Wenn man uns aber gleich wieder weiter sagt: Der Adel erhält sich in historischen Familien, so vergißt man ganz, daß auf eine Familie, die wie ein Haus Lichtenstein, Schwarzenberg Staatsmänner und Helden aufzuzählen hat, eine Masse adeliger Häuser kommt, von denen man nichts weiter sagen kann, als: Sie wurden geboren, um künftig zu vermodern. Wohl, meine Herren, geben Sie den Adel, indem Sie es so machen, wie der Schuselka'sche Antrag lautet, einer reinen und ehrlichen Probe preis, und wir werden sehen, ob es da auch heißen wird, wie es in der etwas übelriechenden Fabel des Phädrus heißt: „Nos quoque poma natamus.“ Reichsapfel und Pferdeäpfel werden sich sichten. — Es werden Schwarzenberge und Lichtensteine übrig bleiben, o ja, aber so viel anderer Bodenjak wird herunterfallen, und der Adel wird dann das sein, was er sein kann und sein soll, die Erinnerung an geschichtliche Geschlechter. Wozu soll auch der ganze Wust von Geschlechtern, deren Ursprung ist, daß sie Man-

telfinder ehemaliger Potentaten, Abstamm-linge geadelter Kammerdiener, ergrauter Rechtsverbreher, nichtswürdiger Schmeichler sind. Und wenn das Blut den Adel macht — was dann? Es hat überhaupt ein ausgezeichnete deutscher Schriftsteller ein Wort gesagt, was ich so hinwerfe, wie er es hinwarf: „Philosophen und Lafaien haben eine eigene Idee über Stammbäume.“ Ich will weiter keine Erörterungen an diesen Satz knüpfen, allein was den Adel betrifft, ist er so wahr, wie bei Bürgerlichen. Ich, meine Herren, darf das sagen, denn ich habe dasselbe Unglück, wie der vorhergehende Redner mehrere es hatten, ich habe mich bisher auch zum Adel gezählt. Ich für meinen Theil war auch bereit, nach dem Muster der Herren Abg. für die Josephstadt und Krems meinen Adel zu emballiren und ihn auf dem Altar des Vaterlandes niederzulegen, allein er ist mir unter der Hand seiner Kleinheit wegen weggekommen. Man hat fernerhin uns versichern wollen, der Adel und die Aristokratie seien dasselbe. Nun, es wird wohl nöthig seyn, später uns klar zu machen, inwiefern in gewissen Beziehungen der Adel und die Aristokratie zusammenfallen oder nicht. Auf keinen Fall sehe ich, wenn ich einen Streich führen kann, die Nothwendigkeit ein, diesen Streich zu unterlassen, weil ich nicht den zweiten Streich zugleich führen kann. Die Aristokratie, wie uns ein verehrter Vorredner versicherte, wird bleiben. Als Begriff gewiß! denn es gibt Aristokratie für alle Stände. Allein es handelt sich eben um jene Ueberreste, um jenes halbabgestorbene aristokratische Institut, wie es unser Adel ist, unser Adel, der weder ein Feudaladel ist, der zu gleicher Zeit kriegerisch wäre, wie er es in der Türkei theilweise noch heute ist; noch ein Legislaturadel wäre, der mit großen Besitzthümern verbunden, zu gleicher Zeit erblicher Gesetzgeber zu seyn bestimmt ist. Ich unterlasse es, eben diesen Punkt mehr zu besprechen. Der Adel in England ist ein Institut, welches in seiner historischen Entwicklung, in seinem Lande aus innerer Berechtigung lang gedauert hat, obwohl es scheint, daß auch dort der Pairie die letzte Stunde geschlagen hat. Wohl aber muß ich bemerken, daß ich andererseits nicht begreife, wie, wenn wir die großen Standesvorrechte des Adels abgeschafft haben, man glauben kann, daß der Adel darum erlöschen werde; wenn man meint, es soll die Zeit es thun, die Zeit solle ihn abschaffen, so erlaube ich mir, kurz zu bemerken, daß wir ja eben auch ein Stück Zeit sind, und daß es eben darum gesetzgebende Versammlungen geben müsse, um zuweilen ein Stück Zeit zu machen. Warum sollen wir das nicht, warum sollen wir nicht den Adel jetzt, wo wir bei dieser Bestimmung sind, seiner Bestimmung zuführen? Seine Bestimmung war wie jedes Organischen seine Periode durchzulaufen, und endlich als Bodensatz zu bleiben. Entgehen kann Niemand, keine Schöpfung diesem Gesetze, und es scheint mir ein vergebliches Hintanhalten zu seyn, uns bewegen zu wollen, den Adel noch einige Zeit zu erhalten. Wenn man uns warnt, daß die Volksmeinung noch nicht so weit gekommen sei, so erlauben Sie mir, meine Herren, zu bemerken, daß eben dazu die Gesetzgebung ist, um an den Zuständen dasjenige zu verbessern, was durch eigenen Impuls sich nicht verbessern kann. Wenn die Gesetzgebung nicht etwas weniger dem Volksvorurtheil vorausgeht, meine Herren, so werden Sie niemals Gesetze haben, die besser sind, als Volksvorurtheile, und vollends in einer Zeit wie die unsrige, in welcher die Revolution eine That-sache geworden ist. Da, meine Herren, möchte ich wohl die Staatsweisen auffordern, zu bedenken, daß, wenn sie die glänzenden Stoffe eines alten Staates in ein neues Gebilde gie-

ßen wollen, sie die Form weiter machen müssen, weiter als sie nöthig glauben für die Masse des Erzes, denn sonst dürfte sie zu enge werden, und dann die Form springen. Das bedenke der Herr Abg. für Tachau, ehe er uns so schön ein altes Bild aufreißt: daß die Grundrechte ein Januskopf vor- und rückwärts blickend seyn sollen, sonst wird das doppelte Sehen eben nur ein doppeltes Blind-sein nach vor- und rückwärts. Man hat ferner vom Adel gesprochen als dem Schutze der Fürsten. Nun darauf glaube ich, brauche ich nicht viel zu erwiedern. Nehmen Sie den Adel in Preußen unter Ludwig dem Baiern, in Oesterreich, unter Friedrich dem Streitbaren, in Frankreich unter Richelieu, in Schweden unter den Wasa's, so wissen Sie, was der Adel gethan hat, um die Monarchie zu stützen. Was ein Adel aber vollends thun soll für die Monarchie, dem Sie die Vorrechte nehmen, das weiß ich nicht; und nachdem der Herr Redner von Sternberg doch selbst der Meinung war, daß man die Vorrechte abschaffen soll, so kann ich mir nicht mehr vorstellen, in welcher Form dieser Adel sich gleichsam als Bollwerk zwischen die Dynastie und das Volk stellen soll, als spanische Wand höchstens. Diese Rolle hat er schon lange gespielt, bis in den Märztagen eine ziemlich grobe Volksfaust diese spanische Wand durchstieß. Ich habe gehört, daß der Adel, jene Märztag vorbereitete, — da sind vermuthlich die Stände Niederösterreichs gemeint. Ich kann mich bestunen, daß in Wien die Herren Stände sehr unentschlossen da saßen, als gewisse andere entschlossene Leute, von denen, glaube ich, viele seitdem von Wien mit Schub transportirt worden sind, darunter auch einige wegen Theilnahme am 15. Mai — als diese Leute herein traten, und den Vätern des Landes die Richtung wiesen, die sie in diesem Augenblicke offenbar verloren hatten. Am 13. 14. und 15. März, meine Herren, da muß ich gestehen, glaube ich, hatten die Stände, die man hier mit dem Adel zusammengeworfen hat, nur das Verdienst, welches die Tresse auf dem Kleide hat, sie wurden eben getragen. Die Behauptung, daß dadurch der Adel erst recht befestigt werden werde, wenn man von nun an den Adel nicht mehr verleihen werde, ist auch eine Paradoxie, ein Pharisäismus, möchte ich sagen, denn sie setzt ganz andere Maximen unseres Handelns voraus, so viel sie uns einreden, als es wirklich der Fall ist, wenn es sich darum handelt, von dem Adel für uns einen Gebrauch zu machen, den Adel auf uns übertragen zu lassen. Wenn es sich bloß darum handelte, von dem Adel für uns einen Gebrauch zu machen, den Adel auf uns übertragen zu lassen, wenn es sich bloß darum handelte, dem Adel wehe zu thun, so würde ich ein solches Raisonnement begreifen; allein wir sind hier ohne Liebe und ohne Haß, außer für die Idee, die uns begeistern soll, und daher ist es ganz gleichgültig, ob für diejenigen der Adel noch beibehalten und mehr und mehr werth werde. Die Hauptsache ist, wenn der Adel nicht mehr verliehen wird, wird er kein Gegenstand der Eitelkeit für den Einzelnen seyn, und was noch wichtiger ist, es wird das verletzende Gefühl aufhören zu wissen, daß doch ein gesetzlicher Unterschied

besteht zwischen jenen, die den Titel führen, weil sie ihn erhielten, und anderen, die ihn nicht führen dürfen. Der Herr Abgeordnete mag hieraus schon practisch ersehen, was er aus der Geschichte wissen sollte, daß die Pharisäer und ihre Art durchaus nichts dem Stand nach Exklusives waren und noch sind. Sie waren eine Secte, die der Werkheiligkeit und Formallogik huldigte, und bestanden hauptsächlich aus freiwilligen Professoren des jüdischen Kirchenrechtes. Es ist aber überhaupt, um von den Pharisäern zu schweigen, eine kleine Escamotage gemacht worden, die mir aber sehr bezeichnend scheint; man hat Ihnen gesagt: Man kann dem Adel seinen Namen nicht nehmen, darum laßt ihn stehen. Wer hat davon gesprochen, dem Adel seinen Namen zu nehmen? der Name mag bleiben, wir sprachen nur von Titeln, und die Titel, meine Herren, sind alte Erinnerungen an ehemalige Aemter. Der Graf, der Herzog, der Fürst bezeichnen aus alten Zeiten her noch Hauptlingsstellen mit bestimmten politischen oder militärischen Functionen, und daher hat es sich immer nur um diese Titel gehandelt, was durchaus nicht der Name eines Menschen genannt werden kann. Denn Sie werden einsehen, wenn ein solcher Mann durch ein Criminal-Urtheil seinen Titel verloren hat, so bleibt ihm der Name doch, das Gesetz hat ihm den Namen gelassen, und so gut können auch wir jene Titel nehmen, indem wir sie nicht mehr anerkennen, und kein Mensch wird davon sprechen können, daß der Name, dieses heilige Besitzthum des Einzelnen, beschädigt worden sei. In Bezug auf den zweiten Punkt, auf die Bestimmung bezüglich der Ausländer schließe ich mich dem Amendement meines Freundes Brestel an, auch ich bin der Meinung, daß die Wissenschaft Freizügigkeit besitzen müsse. Gegen die Freizügigkeit der Wissenschaft wird von keiner Seite, von keiner Nationalität eine Einwendung gemacht werden. In Bezug auf die Marine ist bereits das Nöthige erwähnt worden. Und ich kann nur über einen Punkt mein Erstaunen nicht verbergen, daß meiner genauern, zufällig genaueren Kenntniß nach, da ich längere Zeit an jener Küste gelebt habe, in keiner Branche so wenig Ausländer waren, da wir doch wissen, daß die Ausländer überall Zutritt hatten, als in dieser. Wir haben ganze Regimenter, von denen alle Offiziere Engländer sind, Cavallerie-Regimenter, allein von Fremden in unserer Marine weiß ich sehr wenig, beinahe nichts, und es muß gerechtes Erstaunen erwecken, warum bis jetzt dieser Zweig so wenig von Fremden gesucht seyn sollte, da man doch bis jetzt in der Marine, so klein sie war, alle fremden Verbesserungen einzuführen gesucht hatte. Es muß jetzt wohl überraschen, wenn man voraus setzen sollte, daß wir gerade in diesem Augenblicke so absoluten Mangel hätten in der Marine an Seeoffizieren, die die Organisation verstünden, wenn man die Urtheile von fremden seefahrenden Nationen über die Leistungen unserer Schifffahrt im Auslande gehört hat. Allein ich werde, wie gesagt, nicht dagegen seyn, dem Ministerium in diesem Falle die nöthige Freiheit zu lassen, und dieses scheint im Amendement Brestel's ausgedrückt zu seyn.

— Wohl möchte ich noch ein kleines Amendement zum zweiten Punkte stellen. Es heißt nämlich: »Öffentliche Ämter und Staatsdienste sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.« Es ist das Wort »befähigt« vielleicht sehr deutlich, man wird mir vielleicht den Vorwurf machen, ich sey zu ängstlich; allein ich weiß eine Zeit, wo das Wort »befähigt« eine sehr vielfache Auslegung erlitt, und wo man das Wort Befähigung so verstanden hätte, um Leute auszuschließen, die nach dem Sinne des Paragraphen nicht ausgeschlossen werden sollen. Ich meine, daß vor »Befähigte« gesetzt werde: »persönlich,« um auszudrücken, daß die persönliche Tüchtigkeit der Complex der persönlichen Eigenschaften im Verhältnisse zu einem bestimmten Amte den Ausschlag geben soll, ob er das Amt zu erlangen berechtigt sey oder nicht. Es ist sonst, wenn der Adel nicht abgeschafft wird — und das habe ich selbst nicht angetragen, ich trage nur an, daß er vom Staate nicht anerkannt werde — doch noch eine kleine Hintertüre gegeben, um für gewisse Stellen Männer von 16 Ähnen für befähigter zu halten als andere, da die Ernennung zu solchen Ämtern immer wieder von der Persönlichkeit des Ministers abhängig wird. Nun könnte es seyn, daß ein Minister, der das Staatsruder führt, Einen mit 16 Ähnen für besser befähigt halten könnte, als einen Anderen, der keine 16 Ähnen hat!!! — Wenn es aber heißt: bloß die persönliche Befähigung, so fällt auch diese Befürchtung, wenn Sie wollen, hinweg. Ich schließe, indem ich Ihnen nochmals das Amendement Schuselka's empfehle, aus jenen Gründen, welche ich Ihnen in Wien schon einmal zu geben die Ehre hatte. Der Herr Abg. für Tachau hat uns mit entweder oder, ich möchte sagen, so sehr terrorisirt. — Ich muß gestehen, in der Gesetzgebung mag dieß — namentlich in der Auslegung von bürgerlichen und Criminalgesetzen sehr zweckmäßig seyn, scharf rechts und links zu scheiden, und immer sagen: entweder oder, taugt für den Professor, den Advokaten, den Richter. Allein Grundrechte sind kein *vade mecum* von Civil- und Criminalgesetzen. Grundgesetze müssen einen positiven Inhalt haben, als Besitztitel eines Volkes, denn das ist es ja eben, was wir dem Volke geben wollen, einen bestimmten Rechtsanspruch in Bezug auf bestimmte Gegenstände, also das Recht auf bestimmte Rechte. Wenn Sie aber mit entweder und oder kommen, und sagen, ihr müßt entweder das, oder jenes, ihr müßt ganz oder gar nicht — müßt Euch zur Reaktion treiben lassen, oder zur Absurdität, einen Mittelweg gibt es nicht; so antworte ich, das Wirkliche kennt selten ein entweder — oder, es ist kein Extrem, sondern in der Regel eine bloße Vermittlung von zwei sich bekämpfenden Kräften, von zwei sich bekämpfenden Richtungen. Und so empfehle ich Ihnen weder den Rath, den Adel abzuschaffen, noch den, ihn beizubehalten, wie Ihnen die Herren Lasser und Selinger gerathen haben; namentlich der Letztere in dem schönen Bild, indem er den Staat mit einer Landschaft voll hoher Gipfel und tiefer Thäler vergleicht, wo freilich Kriechpflanzen und Schlingkraut auch ihr Plätzchen finden. — Der Geschmack des Abgeordneten für Sternberg ist an und für sich nicht zu tadeln, allein er wünscht, was er bereits hat: die Unterschiede der Menschen untereinander. Nur, meine Herren, ist die Gesellschaft nichts Starres, und kann nichts Starres seyn, die Ungleichheit der Gesellschaft kann immer nur ein Wellenschlag seyn, in friedlichen Zeiten eine sanft wogende und zitternde Oberfläche, in stürmischen Zeiten ein gepeitschtes Meer. Allein sie kann und soll nie still stehen, darum kann der Adel nicht so bleiben, wie er bisher war. Wir können und sollen aber auch den Adel nicht abschaffen; abschaffen können wir ihn nicht, darum sollen wir ihn auch nicht abschaffen wollen, darin stimme ich vollkommen überein. Der Adel ist, wenn Sie ihm die Paar Ehrenvorrechte nehmen, die er bei uns genoß, ein socialer Uebelstand; sociale Uebelstände können aber nicht wegdekretirt, sondern sie müssen weggelebt werden; wir aber müssen dafür sorgen, daß er an der Stelle, wo er noch immer neue Kräfte und Mittel zieht, gelöst werde vom Staate, auf dem er wie eine Mistpflanze auf einer alten Eiche. Wir müssen dafür sorgen, daß er, der ein Aberglaube

ist, nicht durch das Wort des Staates geheiligt, und dadurch zu einer Art Glauben gemacht werde. Der Staat darf den Adel nicht mehr schützen, er darf von ihm keine Kenntniß nehmen, er darf ihn nicht auf's Neue verleihen; denn sonst kann der Adel nicht für falsche, werthlose Münze gehalten werden, weil der Staat sie selber prägt, und vom Staate kann man nicht glauben, daß er ein Falschmünzer ist. Darum soll sich der Staat enthalten, dem Adel durch seine Gewalt noch einen Werth zu geben, den er innerlich nicht mehr hat, und darum müssen wir den Adel auf den Platz stellen, wo er ganz für sich hin der Zeit gegenüber steht, und die Probe zu bestehen hat. Er unterziehe sich der Probe, und es wird sich zeigen, was von ihm in 30 Jahren übrig geblieben ist. Fürchten wir uns nicht, meine Herren, vor jenen drohenden Stimmen, welche uns sagen: Sehet auf Frankreich, dort ist der Adel wieder gekommen. Meine Herren, der Staat ist ein Organismus, und es gibt keine absolute Gesundheit des Organismus, allein schon ein großer Vortheil ist es, wenn wir das augenblicklich drohende Uebel geschwächt, wenn auch nicht zerstört haben, es kehrt jedesmal schwächer wieder; und, meine Herren, wer Ihnen einreden wollte, daß der Adel in Frankreich auch nur ein Schatten von jenem Adel ist, den die Revolution im Jahre 1789 mit eiserner Hand zerstückte, würde auf eine Leichtgläubigkeit rechnen, die ich Ihnen nicht zutraue. Wissen Sie nicht, wie viel falscher Adel in Frankreich cirkulirt, der den Preis des Vollblutadels heruntergedrückt hat, weil von gerichtlicher Seite gar keine Strafe darauf gesetzt ist? Darum ist es auch in Belgien ein unschuldiges Vergnügen, das man dem Könige gelassen hat, zu baronisiren, denn mir ist auch von Belgien nicht bekannt, daß eine Strafe darauf stünde, wenn sich Jemand den Adel anmaßt. Darum thun Sie das, was Sie können, und was Sie darum in einer Frage des Principes sollen. Bedenken Sie, meine Herren, es ist dieses ein anderer Paragraph von ganz anderer Bedeutung, von ganz anderen Folgen, als jener folgenschwere §. 1. Ich gestehe, daß die vielen Schutzedner für den Adel, die ich heute hören mußte, mich in eine mittelalterliche Stimmung versetzten; mir schien, als sähe ich den Herrn Abgeordneten für Tachau auf einem Pferde aus der Heraldik vorreiten als letzter Ritter — nicht doch! — Knappe des Adels — als Knappe, der selbst bürgerlich, und dessen Opfer daher um so mehr werth ist, um die letzte Lanze für den Adel zu brechen. In dieser Phantasie erlauben Sie mir fortzufahren, und Sie daran zu erinnern, daß es im Mittelalter nicht für unehrenhaft galt, seine Lanze vor einem königlichen Schild zu beugen. Nun, meine Herren, Ihr erster Paragraph war auch so ein königlicher Schild, und ich will es dieser Kammer nicht für unedel an rechnen, daß sie von jenem königlichen Schild ablenkte, und ihre Lanze weiter richtete. Allein, meine Herren, hier ist der königliche Schild nicht mehr, hier sind Schilder, die halb verrostet aus der Armatur des Mittelalters vor uns stehen. Da können, da müssen wir ruhig den Kampf bieten; denn, wenn wir es auch an diesem Orte nicht wagen, den Kampf kühn und redlich anzunehmen, so wäre dieß für die Kammer mehr als ein Unglück, es wäre eine Lächerlichkeit. — (Der Redner verläßt unter anhaltendem Beifalle von beiden Seiten, und unter Zischen aus dem Centrum des Hauses die Tribune.)

Präs. Der Abg. Köhner hat mir drei Verbesserungsanträge überreicht —

Abg. Kanski. Herr Präsident, ich verlange den Schluß der Debatte.

Präs. Ich bitte, mich in Mitte dieser Unterstützungsfrage nicht zu unterbrechen. Der eine Verbesserungsantrag zum zweiten Satz lautet: daß vor dem Worte: »befähigte« gesetzt werde: »persönlich« monach der zweite Absatz lautet würde: »Die öffentlichen Ämter und Staatsdienste sind für alle dazu persönlich befähigten Staatsbürger gleich zugänglich.« Wird dieser Antrag unterstützt? (Unterstützt.) — Der zweite Verbesserungsantrag betrifft einen Zusatz zum 2. Absätze des §. 3 alter Fassung, dieser Zusatz lautet: »Ausnahmen (nämlich, daß Ausländer in Staatsdienste eintreten dürfen), sind in Folge eines besonde-

ren, für jeden Fall eigens zu erlassenden speciellen Gesetzes gestattet.«

Abg. Köhner. Ich ziehe diesen Antrag zurück.

Präs. Der Antrag ist zurückgezogen. Endlich ist ein dritter Antrag da, der einen weiteren Zusatz beabsichtigt. Er lautet: »Amtstitel dürfen nicht als bloße Ehrentitel verliehen werden.« — Wird dieser Antrag unterstützt? (Es geschieht.) — Es ist vom Herrn Abg. Kanski der Antrag auf den Schluß der Debatte gestellt worden. Ich erlaube mir, zu bemerken, daß jetzt als Redner nur noch eingeschrieben ist, der Herr Abg. Trzeciecki (wenn ich mich nicht irre), dann hat mir der Herr Abg. Schmitt einen Antrag überreicht, der auch noch zu begründen wäre. Wünschen der Herr Abg. Schmitt vom Rechte der Begründung des mir gegebenen Antrages Gebrauch zu machen?

(Abg. Schmitt besteigt die Tribune.)

Abg. Schmitt. Hohe Versammlung! — Ich habe den Antrag gestellt, den §. 3 nunmehr §. 2 auf folgende Sätze zu beschränken, nämlich: »Vor dem Gesetze sind alle Staatsbürger gleich. Standesvorrechte finden nicht Statt.« — Die Geschäftsordnung schreibt mir als nicht eingetragenen Redner eine kurze Begründung vor. Mein Antrag ist ein kurzer Satz, ich werde also aus beiden Rücksichten meiner Pflicht entsprechen. — Die beiden, hier ausgesprochenen Sätze sind, wie es bereits von mehreren Herren Vorrednern geschehen ist, auf hinreichende Weise begründet worden als solche, die von der ganzen Kammer als Wahrheiten anerkannt werden, die in den Grundrechten enthalten seyn sollen. Sie sind aber auch, wie es von mehreren Herren Vorrednern geschah, als so weitreichend bezeichnet worden, daß ich darin Alles gesagt finde, was außerdem noch in andern Sätzen des Paragraphen enthalten ist. Ich habe bei dem zweiten Satz die Worte: »auch jene des Adels« ausgelassen. Es ist ein Antrag, der auch von andern Seiten gestellt worden ist, zu diesem erlaube ich mir einige Worte beizufügen. Es ist ziemlich viel theils für, theils gegen den Antrag gesprochen worden, und ich muß beifügen, daß sich noch sehr viel darüber sprechen lasse, und doch scheint mir, daß über diesen Antrag nicht so viel hätte gesprochen werden sollen; durch den Grundsatz: »Standesvorrechte finden nicht Statt«, halte ich alles dasjenige gesagt, was den Eingriff in die fremde Sphäre enthält. Mit dieser Beschränkung auf den Eingriff in fremde Rechtssphären halte ich alles abgeschlossen, was sich in der Sache thun läßt; was außer diesen Bereich fällt, gehört der Opinion, es gehört dem Vorurtheile an. Meine Herren, die Beseitigung von Vorurtheilen, die Beseitigung von Opinionsen ist nicht unsere Sache, die gehört nicht der Zeit, sondern dem in der Zeit reisenden Geiste an; wenn die in den beiden Sätzen, die ich als allein in den Paragraphen gehörig vorgeschlagen habe, enthaltenen Wahrheiten beim Volke zum Leben werden, dann, meine Herren, wird nebst allen übrigen Konsequenzen auch die Konsequenz, daß der Adel als besonderer Stand ganz aufzuhören habe, ins Leben treten. Es wurde insbesondere bezüglich des Adels bemerkt, daß der gegenwärtige Zeitpunkt ein gefährlicher sey. Ich will nicht in die Untersuchung, wie weit dieses wahr sey, eingehen, ich will aber annehmen, daß es so sey; dann, meine Herren, glaube ich, daß auch dießfalls das Schweigen angezeigt wäre. In den Schweizerbergen gibt es Plätze, wo große Schneemassen, Lawinen genannt, leicht beweglich sind; sie bilden eine große Gefahr für den Reisenden — was thut der Reisende? Er verbindet die Schellen an den Pferden, der Fuhrmann, unterläßt es, von der Fährsche Gebrauch zu machen — ist er deshalb feig, weil er das thut? — Nein, er ist klug; er ist aber auch nicht unehrlich, wenn er klug ist, denn man kann klug seyn, ohne unehrlich zu seyn. Es kommt der Frühling, die warme Sonne — die Lawinen schmelzen, und Niemand ist dabei beschädigt. Das ist das Princip der Humanität, welches ich vor Augen habe. Ich habe den weiteren Satz: Die öffentlichen Ämter und Staatsdienste sind für alle dazu befähigten Staatsbürger gleich zugänglich — sowie jenen andern: »Ausländer sind vom Eintritte in Civil-

dienste und die Volkswehr ausgeschlossen" — ganz hinweggelassen, theils weil ich glaube, daß sie in diese Stelle der Grundrechte nicht hineingehören, und theils, weil sie bloße Folgerungen sind, die hier einzeln stehen, während noch viele andere, ich möchte sagen, eben so wichtige Rechte auch auf die Gleichberechtigung aller Staatsbürger Bezug haben. Daß alle dazu befähigten Staatsbürger gleichen Zutritt zu den Staatsämtern haben, und zwar nach dem Maße ihrer Tauglichkeit, ist ein von sich selbst verstandener Satz, der erst nicht vorgeschrieben zu werden braucht, und sollte von Seite der Regierung und ihrer Organe ein Mißbrauch dießfalls gemacht werden, so glaube ich, daß jede künftige Kammer deshalb das Ministerium zur Verantwortung ziehen werde, sey der Satz hier oder nicht; es ist ein von selbst verstandener Satz. Im andern Theile bezüglich der Ausscheidung der Ausländer bin ich geradezu vom entgegen gesetzten Systeme, so bin ich der Lehre des Cosmopolitismus zugethan. Ich werde nicht sagen; daß Ausländer einen Vorzug vor uns haben sollen; ich werde aber auch das anerkennen, daß sowohl die Wissenschaft, als technische Gegenstände ein Gemeingut der Menschheit sind. Sollte es aber in der Folge noch belieben, eine Porzellanfabrik als eine Staatsfabrik beizubehalten, so glaube ich, würde es sehr angemessen seyn, einen Chinesen als Vorstand zu erwerben, um für den Fall, da das Porzellan so viel Gold ins Ausland zieht, die Fabrikation im Lande zu heben. Die Beschränkung, es nicht als *Sinecure*, es nicht als *Protection* gelten zu lassen, die, glaube ich, wurde vorzugsweise als der Grund angeführt, warum man diesen speciellen Satz als eine Unterabtheilung unter den obersten Grundsatz aufgenommen hat; dann hätte man aber den Satz selbst aussprechen und sagen müssen, *Sinecuren* und *Protectionen* sollen nicht Statt finden. Ich glaube, dieser Satz ist kein nothwendiger in den Grundrechten, denn auch dieser Satz ist ein sich von selbst verstehender bei jeder gehörigen Handhabung einer bürgerlichen Regierung. Den letzten Satz beantrage ich in das Capitel von der Staatsgewalt, und zwar von den Rechten der Krone aufzunehmen. Ich will jedoch dießfalls des Vorwurfs mich entschlagen, als ob ich über diesen Satz meine Meinung nicht äußern wollte, im Gegentheile, ich werde den Grundsatz, der darin ausgesprochen ist, und werde also auch an jener Stelle, wenn sie kommt, mich für diesen Grundsatz aussprechen. Ich glaube daher, daß mit der Festhaltung dieser beiden Grundsätze Alles gewahrt ist, was für uns zu wahren wäre, daß auf Grundlage dessen, was ich beantragte, weder etwas gefährdet, im Gegentheile manche Gefahr verhindert wird. (Beifall aus dem Centrum. Zwischen von der Linken.)

Präs. Der mir übergebene Antrag lautet: „Alle Staatsbürger sind vor dem Gesetze gleich. Standesvorrechte finden nicht Statt.“ — Wird dieser Antrag unterstützt? Er ist hinreichend unterstützt. Der Schluß der Debatte hat sich von selbst ergeben, da keine weiteren Redner mehr eingeschrieben sind. Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, die Tribüne zu betreten, falls er von seinem Rechte Gebrauch machen will.

Abg. Hein. Meine Herren! Ich habe als Berichterstatter zu sprechen, und zwar als Berichterstatter des Constitutions-Ausschusses, folglich theilweise gegen die von mir unterzeichneten Amendements. Ich bitte also meine Person mit der Person des Berichterstatters nicht zu verwechseln. Ich habe den Constitutions-Ausschuß zu vertreten, ich kann also den poetischen Bildern, die meine Vorredner entwickelt haben, nicht folgen, denn unser Constitutions-Ausschuß besteht aus gar nüchternen Männern. Es ist dem vorliegenden Paragraphen von dem Abgeordneten für Tachau ein sehr bedeutender und, wie ich glaube, unverdienter Vorwurf gemacht worden. Er hat gesagt, dieser Paragraph sey eine principienlose Mosaik; es seyen Sätze zusammengewürfelt und geweht, die ihm vorkommen wie Liebe und Wind, von denen man nicht weiß, woher sie kommen und wohin sie

gehen. Nun, meine Herren, folgen Sie mir in dem Ideengange, den der Constitutions-Ausschuß bei Verfassung dieses Paragraphen verfolgt hat. Warum der erste Satz hier steht, hat nur ein Redner gefragt, ein Redner vor ihm hat ihm die Antwort ertheilt: „Wail wir den Rechtsstaat wollen, folglich alle Konsequenzen desselben wollen müssen.“ Der Herr Abg. für Tachau hat selbst zugegeben, daß der zweite und dritte Satz reine Konsequenzen aus dem ersten Satze, folglich hier am rechten Orte sind. Der vierte Satz: „Ausländer sind vom Eintritt in Civildienste und in die Volkswehr ausgeschlossen“, mußte hier ausgesprochen werden. Es gab keinen andern Platz in den Grundrechten für denselben. Wenn man die Wahrheit, daß Oesterreich für seinen Bestand und für seine Dienste nicht nöthig hat, sich Köpfe und Herzen aus dem Auslande zu verschreiben, aussprechen, und dem Inländer das Recht wahren wollte, vor jedem Ausländer seinen Kopf und sein Herz dem Vaterlande zu weihen, so war nur hier der Ort dazu. — „Zu öffentlichen Auszeichnungen oder Belohnungen berechtigt nur das persönliche Verdienst.“ Dieser Satz ist wieder eine reine Konsequenz des ersten Satzes, und kann also füglich hier nicht entbehrt werden, wenn man in vorhinein dem vielen Mißbrauche, der mit dem Institute der Auszeichnungen und Belohnungen getrieben wurde, wenn man, sage ich, diesem Mißbrauche in vorhinein vorbeugen, und nicht wieder die öffentlichen Belohnungen und Auszeichnungen als Baute einer einzigen Kaste im Staate hingeben wollte. — „Keine Auszeichnung ist vererblich“, das ist der letzte Satz. Er ist direct und indirect sehr angefochten worden. Ich werde zu diesem Satze bei den Bemerkungen über die Adelsfrage zurückkommen, im Voraus bemerke ich nur, daß der Constitutions-Ausschuß diesen Satz hinstellte, um das ganze historische Unrecht der Erbllichkeit der Adelswürde für die Zukunft nicht mehr zu sanctionieren. Sie sehen, meine Herren, alle diese Sätze hängen zusammen, sie sind nicht zufällig zusammengeweht, sie sind nicht wie Liebe und Wind, von denen man nicht weiß, woher sie kommen und wohin sie gehen, aber sie sind von der Liebe für das Volk und seine Rechte dictirt. (Beifall.) Ich komme zur Beantwortung einzelner Angriffe auf einzelne Sätze, und bemerke, daß ich zunächst die Angriffe auf den zweiten Absatz des Paragraphen beantworten werde, um dann die Reden, insoweit ich es für notwendig finde, über die Adelsfrage im Zusammenhange zwischen dem ersten und dritten Absatze zu behandeln. Eben der Herr Abgeordnete für Tachau hat behauptet, das Wort „Staatsbürger“ hinter dem Worte „befähigten“ bilde eine Kakophonie, es sey also auszulassen und es müsse dieser Satz also lauten: „Die öffentlichen Ämter und Staatsdienste sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.“ Nun, meine Herren, wenn Sie die Tendenz berücksichtigen, warum wir hier das Wort „Staatsbürger“ gebraucht haben, so glaube ich, wird Ihnen das Wort nicht mißföndlich erscheinen, und Sie werden eine Kakophonie vielleicht eher darin erblicken, wenn durch die Stylisirung „sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich“ am Ende der Staatsbürger wieder von dem Ausländer verdrängt werden könnte. Rücksichtlich der Angriffe auf den Satz: „Ausländer sind vom Eintritt in Civildienste und in die Volkswehr ausgeschlossen“, bemerke ich, daß im Ganzen genommen, keine ernstlich gegen das Princip gerichteten Angriffe vorgekommen sind, sondern daß man eigentlich nur aus Utilitätsrücksichten hier eine Aenderung gewünscht hat; ich widersetze mich diesen Abänderungen im Namen des Ausschusses gar nicht, ich fühle es, nach den früheren Institutionen, nach der Vernachlässigung, die gewisse Administrationszweige so wie die Universitäten erlitten haben, dürfte es im ersten Augenblicke gerathen seyn, vielleicht hervorragende Capacitäten des Auslandes in solche einzelne Zweige aufzunehmen. Ich werde mich also mit jedem Amendment einverstanden erklären, welches das Princip wahrt, aber Ausnahmen

in den Fällen, wo es das Beste des Staates erheischt, zuläßt. Ein weiterer Angriff ging eben auch vom Herrn Abgeordneten für Tachau aus, als er sagte: Die Grundrechte müssen sich nach den Verhältnissen, und nicht die Verhältnisse nach den Grundrechten richten. Er sprach diesen Satz bei der Vertheidigung des Adels aus, aber diese Behauptung ist zu allgemein, als daß ich die Frage unterdrücken könnte. Glauben Sie wohl, meine Herren, daß sich die Grundrechte nach den Verhältnissen richten müssen? oder ist es nicht vielmehr nöthig, daß unsere Verhältnisse ganz nach den Grundrechten umgestaltet werden müssen, und daß sie deswegen wahre Grundrechte seyn sollen? (Bravo.) Ich gehe nun, um kurz zu werden, zur Adelsfrage über. Es ist mir wenig zu sagen geblieben, weil so viele Herren pro und contra mit so viel Geist, mit so viel Schärfe über diese Frage gesprochen haben; ich hätte nur gewünscht, es wäre mit weniger Leidenschaftlichkeit gesprochen worden. Alle Herren Redner gehen nach meiner Ansicht zu weit, ihre Argumente, die in divergirenden Richtungen sich bewegen, beweisen in der Regel für Jeden zu viel und darum für ihre Sache zu wenig. Ich habe da zunächst die Herren Abg. Sierakowski und Lasser im Auge. Wollte man das, was der Abg. Sierakowski hier auf dieser Tribüne gesprochen hat, als unbedingt richtig annehmen, meine Herren, dann müßten wir nicht bloß den Adel, sondern wir müßten auch alle Personen abschaffen, die adeligen Namens sind, denn nicht die Titel, sondern die Träger des Titels sind nach seinen Argumenten gefährlich, und ich bedaure, daß er selbst zu dieser Classe gehört, deren Abschaffung er so eifrig beantragt hat. (Heiterkeit.) Herr Abg. Lasser ist in seinen Argumenten auch zu weit gegangen, insbesondere als er den Satz aussprach: die Idee des Adels sey eine vorzügliche Belohnung der Verdienste des Vaters im Sohne und Aufmunterung zur Erwerbung gleichen Verdienstes. Ich rechne es dem Adelsinstitut eben zum gearundtesten Vorwurf, daß das Verdienst im Sohne belohnt werden soll, also an Einem, der das Verdienst nicht gehabt hat; ich rechne es dem Adelsinstitut zum Vorwurf, daß es sich erblich gemacht und den Satz aufgestellt hat: „Der Adel sey um so viel werthvoller, je weiter der Träger des Adels von Demjenigen und seinem Verdienste entfernt ist, der der Erste das Verdienst hatte, den Adel erworben zu haben. Die Aufmunterung für die Nachkommen des Adels erwerbes liegt eben nicht darin, weil sie den Adel durch Geburt bekommen haben; im Gegentheil, sie brauchen sich nicht zu bemühen, sie sind schon ausgezeichnet; es ist dieß also keine Aufmunterung, neue Verdienste zu erwerben. (Bravo.) Wenn Herr Lasser sagt: heben wir den Adel auf, so wird sich der Adel wenig darum kümmern, sondern er wird sich einhüllen in die Blätter seiner Ruhmesgeschichte. Meine Herren! Ich bin keiner von denen, welche da dem Adel alles Schlechte in die Schuhe schieben wollen, ich stelle nicht in Abrede die so vielen Ruhmesblätter des Adels, die in der Geschichte stehen; allein ich befürchte doch sehr, daß manche Familien, wenn sie lauter Ruhmesblätter gebrauchen sollen, in dieselbe Verlegenheit kommen werden, wie die Mutter Eva, und daß sie nur sehr vereinzelte Blätter finden werden, die kaum hinzureichen werden, ihre Blößen zu bedecken. (Sensation.) — Indessen, ich habe als Berichterstatter des Constitutions-Ausschusses zu sprechen. Nach dieser Abschweifung erlaube ich mir zum Paragraphen zurückzugehen. Es lag nicht in der Absicht des Constitutions-Ausschusses, den Adel aufzuheben, Sie erlauben mir also, in dieser Richtung das Wort zu ergreifen, damit ich den Adel wenigstens gegen die Aufhebung, gegen die Abschaffung schütze oder zu schützen versuche. Der zweite Satz des 3. §. ist eine Konsequenz des ersten. In dieser Konsequenz, meine Herren, verlangt es aber auch wieder die Gerechtigkeit, daß wir nicht weiter gehen, als eben nothwendig ist, um diese Konsequenz ganz rein hinzustellen. Diese Konsequenz verlangt, daß die Vorrechte des Adels abgeschafft werden. Zu den Vorrechten haben bei uns mancherlei Rechte gehört, die drückend waren für das gleiche natürliche Recht der Uebrigen. Diese Vorrechte haben zum Theile aufgehört, und müssen, so weit sie noch bestehen,

aufhören in Folge dieses Paragraphes. Der Titel, der Name, ich glaube, die gehören nicht zu den Vorrechten, welche der Rechtsgleichheit der Uebrigen so hindernd im Wege stehen. Wenn vor dem Gesetze Alle gleich sind, so wird eben für jene, welche betitelt, bebandert oder mit Ordenssternen versehen vor das Gesetz treten, auch keine Ausnahme gemacht werden. (Bravo.) Titel und Orden können also bestehen, denn sie werden mit Kraft, mit Wirkung in der öffentlichen Meinung eben nur so lange bestehen, als sie von der öffentlichen Meinung getragen werden. Wenn dieser Satz richtig ist, meine Herren, so brauchen wir den Adel nicht abzuschaffen. Wird er von der öffentlichen Meinung getragen, wird ihm irgend eine Auszeichnung von den Bürgern erwiesen, so hilft unser Gesetz nichts, denn Meinungen lassen sich nicht hinwegdecretiren. Wird er nicht mehr getragen von der öffentlichen Meinung, dann brauchen wir ihn nicht wegzudecretiren. Er stirbt von selber. Eines bleibt dabei ewig wahr: schaffen Sie freie Institutionen, schaffen Sie Institutionen, in welchen alle Bürger gleich berechtigt und gleich frei sich bewegen können, mögen sie lauter Adelige oder lauter Bürgerliche, oder Adelige und Bürgerliche durcheinander seyn, dann werden Sie das gethan haben, was Ihres Amtes war, und Sie brauchen sich dann nicht um leere Titel zu bekümmern. Sie haben ein Haus zu bauen, in welchem alle Theile der Gesellschaft sich gleich frei bewegen können; überlassen Sie es der Volkserziehung, der politischen Bildung des Volkes, insbesondere des Heeres, ich wiederhole — insbesondere des Heeres, die öffentliche Meinung für die Aufhebung des Adels vorzubereiten. — Wenn die vielen Vorurtheile, an welchen der Adel selbst, und an welchen jener große Theil des Volkes, welcher den Adel verehrt, noch leidet, wenn erst diese vielen Vorurtheile und ihre Nebel verschwunden seyn werden vor der allgemeinen Bildung, dann, meine Herren, haben wir nicht mehr nöthig, den Adel abzuschaffen, sondern er stirbt dann von selbst; aber wir müssen nicht versuchen, ein Gesetz zu geben, welches der Meinung oder der Stufe der Volksbildung noch nicht angepasst ist. Der Adel hat noch sehr viele Anhänger bei uns, er ist nicht allein durch sich, er ist durch seine Anhänger stark. Ich fürchte nicht die Reaction, aber ich möchte auch nicht das Volk, wohin ich auch den Adel zähle, in zwei feindliche Lager gespalten sehen; die zwei feindlichen Lager aber, meine Herren, werden Sie hervorrufen durch den Beschluß, der den Adel vernichten soll. Der Adel hat so viel an materiellen Gütern eingebüßt, er wird die hervorragenden Ständesvorrechte, welche der Gleichberechtigung der übrigen entgegen stehen, willig aufgeben, aber, meine Herren, er besitzt ein Vorurtheil, das er nicht so schnell und gutwillig aufgeben wird. Vorurtheile können nur durch die Zeit und Bildung beseitigt werden. Es ist ein Vorurtheil, aber an dem hängt der Adel eisernt fest, das Vorurtheil, daß der adeliche Titel und sein Wappen sein Eigenthum geworden sind durch den Lauf der Jahrhunderte. Rühren Sie an diesem Wappen, an diesem leeren Titel, meine Herren, so werden Sie den Adel viel feindseliger gegen die neue Freiheit gemacht haben, als durch Entziehung der materiellen Rechte, die wir, ich möchte sagen, mit dem Patente vom 7. September bereits ausgesprochen haben. Glauben Sie ja nicht den Rednern, welche da sagen, dem Adel in dem einen oder dem anderen Theile Oesterreichs ist es gleichgültig, was Sie hier aussprechen, er hat schon alle seine Rechte verloren. Man muß da zwischen den Zeilen lesen. Ein Herr Redner hat es namentlich von dem polnischen Adel behauptet, er hat aber auch zu gleicher Zeit gesagt, der polnische Adel habe nie etwas auf die Adelsnennungen oder Gradationen Oesterreichs gehalten. Darin, meine Herren, liegt auch ein stillschweigendes Bekenntniß, daß der polnische Adel sich nicht für aufgehoben erachtet oder für abgeschafft hält, wenn wir es hier decretiren, und so wird es auch der übrige Adel nicht; er glaubt nicht daran, daß wir das Recht haben, und wenn wir es decretiren, so werden wir gerade die Masse Adels, welche wir mit der neuen Freiheit versöhnen könnten und sollten, um so erbitterter dagegen machen. — Ich komme auf die Behauptung eines Herrn Redners, es sey vom politischen Standpunkte nothwendig, den Adel aufzuheben, damit eben nicht

eine Kaste, die sich an ihren Titeln erkennt, sich zusammenzuscharen, um gegen die junge Freiheit vereinigt zu Felde zu ziehen, und jene Vorrechte, welche wir abschaffen wollen, im Sturme zurückzuerobren. Meine Herren, diese Schaar wird nicht dadurch zerstreut, wenn wir ihr den Namen nehmen, sie wird sich immer erkennen, wenn wir auch ihr die Titel und Wappen genommen haben; sie werden gereizt durch vermeintlich erlittenes Unrecht, ihre Wappen und Vorrechte wieder zu erobern suchen, und vielleicht mit diesem auch manche Vorrechte, die sich mit §. 3 der Grundrechte nicht vertragen. Eine Bevorzugung, meine Herren, endlich können wir ja, so gerne wir wollten, doch nicht aufheben; es ist dieß kein eigentliches Vorrecht, es ist eine Bevorzugung, die leider in Oesterreich bisher den Adel zum Gegenstande des Neides, der Mißgunst, des Mißtrauens im Volke gemacht hat — die Bevorzugung, daß die persönliche Umgebung des Monarchen meistens nur aus dem Adelsstande gewählt wurde, in früherer Zeit, sowie vielleicht auch jetzt. Mögen meine Worte bis in die kaiserlichen Gemächer dringen, laut spreche ich sie aus, die unlängbare Wahrheit, daß es ein Unglück ist, für Fürst und Volk, wenn der Fürst nur von einer Kaste umgeben ist, und nur aus einer Kaste seine nächsten Rathgeber wählt. (Lange anhaltender Beifall.) Es ist nothwendig, und ich habe das Vertrauen, daß es geschehen wird, es ist nothwendig, daß sich dieß ändere. Wir, meine Herren, wir können nicht vorschreiben, wir können dem Monarchen nicht vorzeichnen, woher er seine Umgebung zu wählen habe; aber wenn der Monarch sein Volk liebt, wenn er seines Volkes Wünsche kennen und seine Bedürfnisse verstehen lernen will, dann darf er sein Ohr nicht nur einer Umgebung aus einer gewissen Kaste öffnen, er muß sich auch mit gebildeten Männern aus den weit zahlreichern übrigen Klassen umgeben. Das Mißtrauen, die Mißgunst, mit welcher das Volk wegen dieses ungerechten Vorzuges den Adel betrachtet hat und betrachten muß, weil das Volk eben in dem Adel den Rathgeber der Krone sieht, und den Urheber so vieler verkehrter Maßregeln und volksfeindlicher Schritte erblickt, wird erst dann schwinden, wenn der Monarch seine Umgebung nicht allein aus dem Adel wählt. — Sie sehen also, meine Herren, aus allen dem, wir allein können mit dem besten Willen nicht alles aufheben, was den Adel bisher gehässig gemacht, und was er als Bevorzugung genossen hat; wir können nur dahin streben, den Adel mit den neuen Institutionen zu versöhnen, damit die Bevölkerung nicht in zwei feindliche Lager gespalten sey, damit nicht unter diesen sich feindlich gegenüberstehenden zweien Theilen des Volkes unsere junge Freiheit in ihrem ersten Erblühen von einem erkältenden, tödtenden Reife befallen werde. Sind Sie also versöhnlich in Ihren Maßregeln, und darum kann ich Ihnen nur empfehlen, den Paragraph, wie er ist, anzunehmen. Eines finde ich noch besonders zu würdigen, was gegen die vier Worte: „auch die des Adels“ im zweiten Satze des §. 3. vorgebracht wurde; man sagte, es zeige eine besondere Gehässigkeit gegen einen Stand, wenn diese 4 Worte hier stehen. Ich bin schuldig, Ihnen die Betrachtungen des Constitutions-Ausschusses vorzutragen, warum diese vier Worte hier beliebt wurden. Erstens waren die Vorrechte des Adels die allerhervorragendsten und die für das Volk drückendsten, und dann wollte man auch dem Einwurfe begegnen, daß, wenn es bloß hieße: „Alle Ständesvorrechte sind abgeschafft“ man später sagen könnte: der Adel sey kein besonderer Stand, sondern figure in allen Ständen, und sey im Civilstande, im Militärstande, im Wehr-, im Lehr- und im Nährstande repräsentirt, bilde also keinen besonderen Stand, und deswegen beanspruche er, daß die Vorrechte, die er gehabt hatte, nicht als Ständesvorrechte behandelt werden. Superflua non nocent. Man entschied sich also für die Textirung, wie sie hier steht, damit man dem Adelsstande jede Ausflucht, als sey er im §. 3 nicht begriffen, nehme. Ein anderes Bedenken aber ist nun aufgetaucht, daß man durch diese vier Worte dem Adel eine Bedeutung beilege, woraus eine Folgededucirt werden könnte, die wir nicht beabsichtigen, nämlich, daß der Adel nach dieser Textirung noch als Stand

fortbestehen soll, als ein Stand, der gewisse Sonderinteressen im Staate zu vertreten hat. Wenn diese Consequenz aus jenen vier Worten gezogen wird, so wird allerdings eine Idee herbeigeführt, die nicht in unserer Absicht gelegen hat: ich habe daher im Namen des Constitutions-Ausschusses nichts einzumenden, wenn diese vier Worte ausgelassen werden. Im übrigen aber wünschte ich, daß der Paragraph im Ganzen unverändert, höchstens mit Beseitigung des Wortes „abgeschafft“ und Substitution des Wortes „aufgehoben“ oder vielleicht noch besser, „für immer aufgehoben“ (um den Bemerkungen des Abg. von Sachau zu genügen) angenommen würde; gegen die Amendements zum zweiten Satze habe ich nichts einzumenden. Den letzten Satz des Paragraphes habe ich bereits früher erörtert, und habe den Grund angegeben, warum der Ausschuss gesagt hat: keine Auszeichnungen seyen vererblich. Es ist dieser Grund von allen Rednern vor mir gewürdigt worden. Man hat Consequenzen für und gegen den Adel daraus gezogen, auf welche einzugehen ich mich nicht berufen glaube; entschieden aber muß ich mich gegen das Amendement im Namen des Constitutions-Ausschusses verwahren: „Adelsbezeichnungen jeglicher Art werden vom Staate weder verliehen noch anerkannt,“ nachdem man diesem Amendement die Bedeutung unterlegt hat, als ob beabsichtigt würde, dadurch die Adelsanmaßungen zu erleichtern. Man hat dadurch das Amendement in's Lächerliche gezogen, und, meine Herren, es ist das größte Unglück für einen Gesetzgeber, ein Gesetz zu geben, das sich so leicht in's Lächerliche ziehen läßt. Wir sind meistens Unadelige; wenn nun diese Verfügung von uns ausgeht, so sieht es aus wie Neid, als wenn wir darnach strebten, ungestraft und ungeahndet Adelsbezeichnungen uns beilegen zu können. (Oh, Oh — Sensation.) Es ist dieser Vorwurf nicht abzulehnen, und ich warne Sie als Gesetzgeber davor, ein solches Amendement anzunehmen — (Bewegung). Ich habe nichts dagegen, wenn radikale Beschlüsse gefaßt werden, wenn wir selbst das Amendement: der Adel sey aufgehoben, annehmen; aber mit dieser Halbheit kann ich im Namen des Constitutions-Ausschusses nicht einverstanden seyn. Ich schließe, meine Herren, mit den Worten Mirabeau's, indem ich Sie bitte, den Gründen, die für und wider gesprochen worden sind, Ihre volle Aufmerksamkeit, aber auch eine ruhige Würdigung zu schenken, und mit Mäßigung bei der Abstimmung über diesen Paragraph und seine Amendements vorzugehen; — ich schließe, sage ich, mit den Worten Mirabeau's: „Nichts ist unmöglicher, als die Gewalt der Erinnerungen aus den Herzen der Menschen herauszureißen;“ der wahre Adel ist in diesem Sinne eine eben so unzerstörbare als geheiligte Sache; die Formen werden wechseln, die Erinnerung wird seyn. Laßt Jedermann gleich vor dem Gesetze seyn; jedes Monopol, besonders jedes sittliche, verschwinde; alles Uebrige ist Eitelkeit, dahin oder dorthin gelegt. (Beifall und Zischen.)

Präs. Es sind mir 16 Verbesserungsanträge überreicht worden (Bewegung), sie haben die Unterstützung erhalten, und müssen daher zur Abstimmung kommen, in wiefern sie durch die Anträge des Einen oder Andern nicht als behoben erscheinen. Diese 16 Anträge zerfallen zunächst in zwei Hauptklassen: die eine bei weitem überwiegende betrifft Aenderungen im Texte selbst, die zweite enthält nur Anträge, in welchen die einzelnen Sätze und Absätze aneinander zu reihen wären. Ich glaube, die letzte Art der Anträge erst später zur Abstimmung zu bringen, weil früher das Material durch die Abstimmung selbst festgestellt werden muß. Ferner befinden sich unter den Anträgen solche, welche die Geschäftsordnung für unzulässig erklärt, dahin gehören die sogenannten Aufhebenden, welche die Hinweglassung einzelner Bestimmungen des Commissionsantrages zum Zwecke haben. Ueber die Hinweglassung wird das Haus selbst entscheiden, falls es sich nur mit einer Minorität für den oder jenen Antrag ausspricht. Was nun die Abstimmung selbst anbelangt, so glaube ich sie nach einzelnen Absätzen und darunter wieder nach einzelnen Sätzen vorzunehmen. Der erste Absatz begreift in sich zwei Sätze. „Vor dem Gesetze sind alle Staatsbürger gleich;“ — zu diesem Satze dürfte zum Theil der Antrag des Abgeord-

neten Schmitt gehören, in wieferne er nach seiner Intension dieselben Worte in einer anderen Reihe in Vorschlag bringt; er lautet: „Alle Staatsbürger sind vor dem Gesetze gleich.“ Es ist die Kugelung angesucht worden, aber nur rücksichtlich der Adelsfrage; ich glaube, hier könnte durch Aufstehen und Sitzenbleiben entschieden werden. Der Antrag lautet: „Alle Staatsbürger sind vor dem Gesetze gleich.“

Abg. Schmitt. Ich ziehe meinen Antrag zurück.

Präs. Ich werde daher den Commissionsantrag im ersten Satz zur Abstimmung bringen, er lautet: „Vor dem Gesetze sind alle Staatsbürger gleich.“ Diejenigen Herren, welche für die Annahme dieses Satzes sind, wollen dieses durch Aufstehen kundgeben. (Die ganze Versammlung erhebt sich.) Das Resultat der Abstimmung ist, daß der erste Satz durch Stimmen-Einhelligkeit angenommen wurde. — Der zweite Satz des ersten Absatzes setzt voraus, daß die Adelsbezeichnungen unbeschränkt fortzubestehen haben. Es wären daher die zu diesem Absätze gehörigen Anträge zur Abstimmung zu bringen, und zwar in der Reihe, in wiefern sie sich von dem Antrage der Commission entfernen; also zuerst diejenigen, welche unbedingt die Abschaffung der Adelsbezeichnungen zum Gegenstande haben, an diese werden sich die Anträge anschließen, welche den Gebrauch der Adelsbezeichnungen beschränken, und vorzugsweise dem Staate gegenüber. Die weiteren Anträge sind gleichgiltigerer Natur. Ich werde mir erlauben, diese Anträge zu lesen, und dann die Reihe festzustellen, in welcher sie zur Abstimmung gebracht werden sollen. Der Entfernteste ist der des Herrn Abg. Sidon. Er lautet: „Alle Ständesvorrechte und alle Arten von Adelsbezeichnungen sind abgeschafft, und dürfen nicht mehr verliehen werden.“ Er dürfte zuerst zur Abstimmung gelangen. — Der zweite Antrag ist der des Abg. Schuselska. Er lautet: „Alle Ständesvorrechte sind abgeschafft. Adelsbezeichnungen jeglicher Art werden vom Staate weder verliehen, noch anerkannt.“ — An diesen schließt sich der Antrag des Abg. Dhéral. Er lautet: „Alle Ständesvorrechte sind abgeschafft. Adelsbezeichnungen jeglicher Art werden vom Staate weder geschützt, noch verliehen.“ — Ferner kommt der Antrag des Abg. Borrosch. Er lautet: „Alle Ständesvorrechte sind aufgehoben. Neue Adelsbezeichnungen werden nicht mehr verliehen, und die bisherigen begründen keine Begünstigung vor dem Gesetze.“ Ich glaube, dieser dürfte dem Antrage des Abg. Dhéral folgen. — Hierauf der Antrag des Abg. Strasser. Er lautet: „Eine Bevorzugung einzelner Stände ist ebenso wenig zulässig, als die Geltendmachung besonderer Ansprüche oder Vorrechte an den Staat aus dem Titel adeliger Geburt.“ — Hierauf dürfte der Antrag des Abg. Bacano folgen, der eigentlich ein Minoritätsvotum der Commission selbst ist. Er lautet: „Der Adel und alle Ständesvorrechte sind abgeschafft.“

Abg. Bacano. Ich glaube, daß dieser Antrag zuerst zur Abstimmung kommen soll.

Präs. Ja wohl — ich sehe dieses ein; es war bloß ein Versehen von mir, und ich glaube, es wird Niemand eine Einwendung machen, wenn ich diesen Antrag zuerst zur Abstimmung bringe. — Der Abg. Machalski hat den Antrag gestellt: „Ständesvorrechte sind aufgehoben.“ Dieser dürfte auf den Antrag des Abg. Strasser folgen. — Ferner der Antrag des Abg. Neuwall: „Ständesvorrechte finden nicht Statt.“ Ferner der Antrag des Abg. Helfert: „Ständesvorrechte finden nicht Statt.“ Hier dürfte die Priorität so ziemlich streitig seyn. In dieser Beziehung fallen die Anträge der Abg. Neuwall und Helfert zusammen. — Es ist der Antrag auf Abstimmung durch Kugelung gestellt worden — ich glaube vom Abg. Löhrner. Ich bitte, gilt dieses von allen Anträgen?

Abg. Löhrner. Nein, sondern bloß für die Anträge des Abg. Schuselska und Dhéral.

Präs. Ich werde daher durch Aufstehen und Sitzenbleiben über den Antrag des Abg. Bacano abstimmen lassen. Der Antrag des Abg. Bacano lautet: „Der Adel und alle Ständesvorrechte sind abgeschafft.“ Diejenigen Herren, welche für diesen Antrag stimmen, wollen aufstehen. (Geschlecht.) Es ist die Minorität. — Nunmehr folgt der Antrag des Abg. Sidon. Er lautet: „Alle Ständesvorrechte und alle Arten von Adelsbezeichnungen

sind abgeschafft und dürfen nicht mehr verliehen werden.“ Diejenigen Herren, welche für diesen Antrag sind, wollen aufstehen (Minorität.) — Ueber den Antrag des Abg. Schuselska, den jetzt die Reihe trifft, wird die Kugelung vorgenommen. (Ein Abgeordneter bittet um Uebersetzung der Abstimmungsfrage ins Polnische und Ruthenische, und wird dieses Begehren unterstützt.) Ich werde früher die Abstimmungsfrage stellen, bevor die Herren Uebersetzer sie übertragen. Der Antrag lautet: „Alle Ständesvorrechte sind abgeschafft. Adelsbezeichnungen jeglicher Art werden vom Staate weder verliehen, noch anerkannt.“

Abg. Machalski. Ich beantrage die Trennung der Fragen. (Großer Widerspruch.)

Präs. Wird dieser Antrag unterstützt? (Zureichend unterstützt.) — Ich werde darüber abstimmen lassen. Diejenigen Herren, welche dafür sind, daß der verlesene Antrag in zwei Parthien zur Abstimmung komme, nämlich die erste Parthie: Alle Ständesvorrechte sind abgeschafft, die zweite Parthie: Adelsbezeichnungen jeglicher Art werden vom Staate weder verliehen, noch anerkannt; — jene Herren also, welche diese Trennung der Fragen wünschen, wollen dieses durch Aufstehen kundgeben. (Minorität.) Ich erlaube mir, meine Herren, behufs der Abstimmung durch Kugelung die Frage zu stellen: „Alle Ständesvorrechte sind abgeschafft. Adelsbezeichnungen jeglicher Art werden vom Staate weder verliehen, noch anerkannt.“ — Diejenigen Herren, welche für diesen Antrag stimmen, wollen die weiße Kugel in diese Urne geben (rechts), diejenigen, welche gegen den Antrag stimmen, wollen die schwarze Kugel in diese Urne geben (rechts); die anderweitigen Kugeln sind in diese Urne hineinzugeben. (Links.) — Ich ersuche die Herren Uebersetzer, zur Uebersetzung zu schreiten. (Der Herr Abg. Prato übersetzt die Abstimmungsfrage ins Italienische. Der Herr Abg. Prokopczyc ins Ruthenische und Polnische. Der Herr Abg. Beck ins Böhmische. Sonach wird über Namensaufruf durch den Schriftführer Ulepitsch zur Abstimmung mittelst Kugelung geschritten. Im Verlaufe der Kugelung vor dem Aufrufe des Abg. Engelhofer wird dieselbe durch den Präsidenten unterbrochen, indem er folgende Bemerkung macht: Meine Herren, es hat sich, wie mir angezeigt worden ist, der Fall ergeben, daß in der einen Urne 37 Kugeln, in der andern 39 sich befinden, und zwar aus dem Grunde, weil ein Abgeordneter, der seine Stimme verwerfen wollte, beide Kugeln in die Abstimmungsurne geworfen hat. Nun muß aber nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung die Anzahl der Kugeln in beiden Urnen übereinstimmen, widrigenfalls die Kugelung wiederholt werden muß. Ich beantrage jedoch, den Namensaufruf von rückwärts anzufangen.)

Abg. Umlauf. Das dürfte nicht zweckmäßig seyn, weil auch viele Herren, deren Namen später zur Verlesung kommen, den Saal in dieser Voraussehung verlassen haben.

Abg. Brauner. Ich mache den Vorschlag, denjenigen Herren, welche jetzt noch gelesen werden, zu erlauben, dann, wenn sie kommen, ihre Stimmen abzugeben. (Ja, ja. — Ruf: Schluß der Sitzung.)

Präs. Meine Herren, wir werden jetzt fortfahren und dort anfangen, wo wir früher aufgehört haben.

Ein Abg. Herr Präsident, noch einen Vorschlag.

Präs. Vor lauter Vorschlägen dürften wir nicht zum Resultat kommen. Der Herr Schriftführer wird fortfahren, von da an, wo wir zuvor aufgehört haben. Ich ersuche die Herren, nicht zwei Kugeln in eine Urne zu werfen. Sollte sich Einer oder der Andere der Abstimmung enthalten wollen, so möge dieß in der bisher gepflogenen Weise geschehen, indem man erklärt, man wolle nicht stimmen. (Die Kugelung beginnt nun von „Engelhofer“ weiter. Nach Beendigung derselben.) Bei der Abstimmung haben sich 315 Deputirte betheiligt, 231 waren für den Antrag, 84 gegen den Antrag, mithin ist der Antrag des Abg. Schuselska angenommen. — Ich glaube, daß in Folge der Annahme dieses Antrages der Antrag des Abg. Dhéral entfällt.

Abg. Dhéral. Ich nehme ihn zurück.

Präs. Eben so glaube ich, daß der Antrag des Abg. Borrosch erlediget sey. Der Antrag

des Abg. Strasser dürfte wohl zur Abstimmung kommen, weil er Folgerungen in dieser Beziehung enthält, er lautet: „Eine Bevorzugung einzelner Stände ist ebenso wenig zulässig, als die Geltendmachung besonderer Ansprüche oder Vorrechte an den Staat aus dem Titel adeliger Geburt.“ Diejenigen Herren, welche für diesen Antrag sind, wollen ihre Ansicht durch Aufstehen kundgeben. (Ruf: Er ist erlediget.) Ich glaube, der Antrag des Abg. Machalski ist auch erlediget; ferner der Antrag des Abg. Neuwall: „Ständesvorrechte finden nicht Statt“ — es wäre denn, daß in stylistischer Beziehung eine Abänderung eintreten sollte. Ebenso glaube ich, ist der Antrag des Abg. Helfert in dieser Beziehung erlediget. — Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, in dieser Beziehung den Text zu rectificiren. Der erste Satz des zweiten Absatzes lautet: „Die öffentlichen Aemter und Staatsdienste sind für alle dazu befähigten Staatsbürger gleich zugänglich.“ Zu diesem Antrage liegen zwei Verbesserungsanträge vor, und zwar: jener des Abg. Szäbel, und dann der des Abg. Löhrner. Ich glaube, der Antrag des Abgeordneten Löhrner kann jedenfalls zur Abstimmung kommen, es mag der Antrag des Abg. Szäbel angenommen werden oder nicht. Der Antrag des Abg. Szäbel lautet: „Zu den öffentlichen Aemtern und Staatsdiensten sind alle dazu befähigten Staatsbürger gleich berechtigt. Es gibt keinen andern Vorzug, als den der höheren Befähigung.“ Diejenigen Herren, welche für diesen Antrag sind, wollen dieß durch Aufstehen kundgeben. (Minorität.) Der Antrag ist in der Minorität geblieben. — Der Antrag des Abg. Löhrner geht dahin, daß in dem Commissionsantrage: „Die öffentlichen Aemter und Staatsdienste sind für alle dazu“ — eingeschaltet werde — „persönlich — befähigten Staatsbürger gleich zugänglich.“ Der Antrag des Abg. Löhrner unterscheidet sich durch nichts von dem vorigen, als daß das Wort „persönlich“ hinzuzusetzen ist. Diejenigen Herren, welche für diesen Antrag sind, wollen aufstehen. (Minorität.) — Zum zweiten Satze des zweiten Absatzes liegen sieben Anträge vor — (Ruf: Abstimmung über den Commissionsantrag.) Der Antrag der Commission geht dahin: „Die öffentlichen Aemter und Staatsdienste sind für alle dazu befähigten Staatsbürger gleich zugänglich.“ Diejenigen Herren, welche dafür sind, wollen aufstehen. (Geschlecht.) Er ist mit Stimmeneinhelligkeit angenommen worden. In Betreff des zweiten Satzes, welcher die Ausländer betrifft, liegen hier sieben Anträge vor. Ich werde zuerst den des Abg. Borrosch zur Abstimmung bringen, weil er sich von den andern am meisten entfernt. Der Antrag des Abg. Borrosch lautet — (ich werde früher die Anträge durchgehen, damit die Ordnung festgestellt werden könnte, in welcher sie aufeinanderzufolgen hätten): „Ausländer dürfen nur aus Rücksicht für das allgemeine Beste zum Civil- und Militärdienste zugelassen werden und müssen bei ihrem Eintritte in denselben jedenfalls den Eid auf die Constitution ablegen.“ Ich glaube, dieser Antrag dürfte zuerst zur Abstimmung kommen, weil er sich am meisten entfernt, indem er die Beurtheilung über die Zulassung der Staatsverwaltung überläßt. Der Antrag des Abg. Neuwall dürfte sich unmittelbar an den des Abg. Borrosch anschließen. Er lautet: „Ausländer können nur im Falle, wo es das Beste des Staates erheischt, zum Eintritt in Civil- oder Militärdienste zugelassen werden.“ Ferner der Antrag des Abg. Dhéral, welcher lautet: „Ausnahmen werden durch besondere Gesetze bestimmt;“ dann der Antrag des Abg. Brestel, der den Uebergang zu den nächstfolgenden Anträgen bildet, wo die einzelnen Zweige festgestellt werden, wo Ausländer zugelassen werden sollen. Dieser Antrag des Abg. Brestel lautet: „Ausnahmen von dieser Vorschrift dürfen nur bei Befestigung der Lehrkassen an den höhern Unterrichtsanstalten, oder in Folge eines für jeden besondern Fall eigens zu erlassenden Specialgesetzes gestattet werden.“ — Dieser Antrag dürfte nach jenem des Abg. Dhéral kommen. Der Antrag des Abg. Szäbel lautet: „Ausnahmen sind nur bei höheren Unterrichtsanstalten und bei den technischen Staatsunternehmungen und für die Kriegsmarine statthaft.“ Hier dürfte sich anschließen der Antrag des Abg. Machalski, der den Zusatz zum zweiten Absätze

Neueste Nachrichten aus Siebenbürgen.

Neuerdings wurden Emissäre und Proclamationen aufgegeben, um das Sektirerthum wieder zu fanatisiren, und zum bewaffneten Angriffe auf Kronstadt und Hermannstadt anzufeuern.

Vollständig charakterisirt es das Szeklervolk, daß von ihm in wenig Tagen schon die feierlichen Eide und Pflichtgelobnisse wieder gebrochen, und mit dem Aufgebote von 15.000 gut bewaffneter Mannschaft dem Ruße zum Raube und Plündern im Sachsenlande Gehör gegeben wird.

Während sonach der Verheerungssturm auch von der Szeklerseite über unsern Köpfen täglich loszubrechen drohte: rückte Bem mit seiner Macht dem vorgesteckten Ziele, Hermannstadt — dem Herzen der sächsischen Nation — immer näher.

Nach den vorgeschilderten Prämissen konnte es wohl nicht anders seyn, als daß diese bedrohlichen Nachrichten unter der ganzen Bevölkerung eine wahrhaft fieberhafte Aufregung erregten.

Man begriff wohl, daß es sich jetzt um die Erhaltung der politischen und materiellen Existenz handle, daß die entscheidende Stunde für das Geschick der beiden Primatstädte des Sachsenvolkes — Hermannstadt und Kronstadt — mithin für die ganze Nation schlage, und daß das Loos dieser beiden Städte, besonders aber jenes der erstern — als dem Hauptsitze des hierlands gegen die ungarischen Separirungs-Bewegungen seither erfolgten Widerstrebens — ein sehr trauriges seyn werde, weil die von den fanatischen Wählern aufgestachelte Erbitterung der Ungarn und Szekler gegen die Sachsenstädte, trotz des bei jeder Gelegenheit bewiesenen humanen Verhaltens derselben gegenüber den flüchtigen Magnaren bereits zur entflammten Leidenschaft angewachsen, daher wenig Schonung zu erwarten, vielmehr vom Bem laut verlässlicher Quelle für Hermannstadt eine Brandschatzung von 4 Millionen Gulden bestimmt und seinen Soldaten eine stägige Plünderung der Stadt im Vorhinein als Siegeslohn verheißen worden sey.

Zugleich wurde erkannt, daß unsere vom besten Geiste besetzten Truppen schnell auf einem Punkte concentrirt werden müssen, um dem übermächtigen Feinde mit Aussicht auf Erfolg Widerstand leisten zu können, und daß, wenn mit demselben Hermannstadt geschloßt werden soll, Kronstadt und das übrige Sachsenland unvermeidlich preisgegeben sey.

Da auch auf eine nahe Hilfe aus Ungarn von unserer siegreich vorrückenden Armee wegen der großen Entfernung durchaus nicht zu rechnen, vielmehr mit Grund zu fürchten war, daß gerade aus dieser Ursache noch immer größere Feindesmassen zu unserem um so gewisseren Verderben hereingedrängt würden, welche am Ende jede Gegenwehr unserer geringen tapfern Truppen erdrücken, so sahen sich insonderlich diese beiden Städte zum Entschlusse gedrängt: für den äußersten Nothfall das an unserer Landesgränze nahe befindliche kaiserl. russische Militär gegen die gleich Räubern und Nordbrennern andringenden Rebellen bloß auf kurze Zeit, bis uns Hilfe von unserer eigenen k. k. Armee aus Ungarn zu Theil wird, zur menschenfreundlichen Schutzleistung aufzufordern.

In wahrhaft humaner Berücksichtigung unserer eben so gefährlichen, als höchst bedauerlichen Lage wurde diese Hilfe russischer Seits auch unter der Bedingung zugesichert, daß sie von Seite der militärischen Regierungsbehörde für diese beiden Städte in Anspruch genommen werden müsse.

Inzwischen war man so glücklich, den ersten Angriff des mittlerweile auf Hermannstadt losgerückten Bem'schen Rebellenkorps in einer blutigen mörderischen Schlacht, wo unserer Seits 4000 Mann mit 18 leichten Geschützen gegen 12000 Feinde und 24 grobe Geschütze kämpften, und zuletzt ein beispielloser Bajonetangriff unserer Truppen den Ausschlag gab, unmittelbar vor der Stadt durch die ausgezeichnete Tapferkeit unserer braven Truppen zurückzuschlagen, und den Feind bis in die 2 Stunden weite feste Stellung von Stolzenburg zu verdrängen.

Ungeachtet der vielen Opfer, — die dieser Sieg auch uns kostete — war jedoch gegen unsere Gefahr und für die gerechte Sache unseres Kampfes noch beinahe gar nichts gewonnen.

Vielmehr benützte der Feind in seiner mit großem Geschütze bespicksen, beinahe unangreifbaren Position Zeit und Kraft dazu, um weit und breit aus allen Ortschaften der ganzen Umgebung alles Zug- und Schlachtvieh, Frucht-, Futter- und Getreidevorräthe, so wie auch alle werthvollen Effecten zu plündern, und in unabsehbaren Transporten nach Klausenburg — dem wahrscheinlichen Centralpunkte der künftigen Vertheidigung gegen die heranrückende große k. k. Armee abzusenden, dadurch aber auch uns für jetzt und die Zukunft die durch den seitherigen Bürgerkrieg ohnehin verkümmerten letzten Subsistenzmittel gänzlich zu entziehen.

Militärischer Seits wurde sofort auch die weitere Ueberzeugung gewonnen, daß — so lange man sich genöthigt sehe, das nach seiner Lage und Ausdehnung ohnehin schwer zu vertheidigende Hermannstadt mit

allen zu Gebote stehenden militärischen Kräften gegen das bei mehreren Diversionen versuchte Bestreben des Feindes — die Stadt wenigstens anzuzünden — zu schützen und auf diesem Punkte festgebannt zu bleiben, ein an keine Rücksicht gebundenes, durchgreifendes Verfahren gegen diese raub- und plünderungslüchtigen Rebellenmassen nicht zu denken sey.

Zu gleicher Zeit traf auch die fatale Nachricht ein, daß Bem — um von der einen Seite die neuerdings aufrührerisch gewordenen Szekler, von der andern aber die gleichfalls aus Ungarn von Arad her in sehr großer Anzahl nach Siebenbürgen eindringenden Insurgentenmassen an sich zu ziehen, nach den Richtungen Colonnen entsendet und hierdurch uns auch die letzte Verbindung mit dem Banate, Wien und der k. k. Armee in Ungarn gänzlich abgeschnitten habe.

Von Kronstadt aus wurde gleichfalls estaffettaliter bestätigt, daß die Szekler 15 000 Mann stark ihre Gränze bereits überschritten und im Anzuge auf das ganz unbesetzte Kronstadt begriffen seyen, um nach der Einnahme desselben rasch auf Hermannstadt loszugehen und nächster Tage schon mit der allseits vereinten Macht unter Bem's Commando dasselbe auf drei Seiten zu stürmen.

Unter diesen verhängnißvollen Umständen wurde wiederholt sowohl von Kronstadt als Hermannstadt aufs flehentlichste um schleunige russische Hilfe gebeten, damit nicht etwa bloß eine vorübergehende Bedrängniß, sondern vielmehr unermessliches Elend und Unglück abgewendet werde, welches durch spätere, noch so glänzende Siege unserer in Ungarn vorrückenden Armee, von deren Annäherung und Hilfsendung bei so großer Entfernung übrigens noch immer keine Kunde zu uns gelangte, nicht mehr hätte ungeschehen gemacht werden können.

So sehr man militärischer Seits bisher beflissen war, dem früheren Nothrufe beider Städte um russische Hilfe zur Beseitigung politischer Verwickelungen vorläufig noch keine Folge zu geben; eben so sehr mußte man die Wichtigkeit des gegenwärtigen Augenblickes, so wie die Last der heranstürmenden, ganz erdrückenden Gefahren sammt ihren Folgen für die treue sächsische Nation — deren Beschützung gegen Vernichtung, andererseits Pflicht und Menschlichkeit gebot, in ihrem vollen Umfange erkennen.

Es wurde daher vom commandirenden Herrn Generalen ein großer Kriegsrath zusammen berufen und demselben die Beurtheilung und Entscheidung dieser wichtigen Frage anheim gegeben.

In sorgfältiger Erwägung aller vorstehenden Verhältnisse, vorzüglich aber in der Anerkennung des Umstandes, daß unsere gesammten militärischen Kräfte trotz ihrer bereits bewiesenen großen Tapferkeit und Kampfluth doch in keinem Falle hinreichen, um Hermannstadt, geschweige aber auch noch Kronstadt zu schützen, und zugleich den noch dazu jetzt schon übermächtigen Feind siegreich zu bekämpfen, wurde beschloßen, unverzüglich die an unserer nahen Gränze stehenden russischen Hilfstruppen herbei zu rufen, die momentane Beschützung von Hermannstadt und Kronstadt denselben anzuvertrauen, so dann aber bloß mit den concentrirten eigenen Kräften den so eben von Stolzenburg nach dem beinahe gleich weit entfernten Salzburg gezogenen Feind schnell anzugreifen und einen entscheidenden Schlag gegen ihn zu führen, bevor noch die erwarteten Verstärkungen des Feindes von beiden Seiten einträfen.

Es ist merkwürdig, daß gleich an demselben Tage, nämlich am 4. Februar — an welchem die mit der humansten Bereitwilligkeit über die Gränze bei Rothenthurm übergeeilten russischen Hilfstruppen unter dem Commando des Flügel-Adjutanten Sr. Majestät des Kaisers — Obersten Skariatin — früh Morgens in Hermannstadt eintrafen, unsere schon vor Tagesanbruch gegen die feindliche Stellung in Salzburg vorgerückten braven Truppen unter der persönlichen Anführung des commandirenden Herrn Generalen FML. Freiherrn von Puchner mit bewunderungswürdiger Tapferkeit in einer noch blutigeren, mörderischen Schlacht, bei welcher wieder der heftigste Bajonet-Angriff der Grenadiere und der Infanterie gegen das gut geleitete feindliche grobe Geschütz einen wahrhaft entscheidenden Sieg an unsere Fahnen knüpfte, das ganze Bem'sche Corps aus allen Stellungen warfen und gänzlich in die Flucht schlugen.

Die glänzenden Trophäen dieses Sieges verdanken wir allein der über alles Lob zu erhebenden Tapferkeit unserer eigenen Truppen, so wie jener ihres k. k. mppferfahrene ruhmgelohnten Feldherrn, der an der Spitze der Grenadiere persönlich jenen Bajonet-Angriff auf die feindlichen Feuerschlände leitete; daß aber die Sieger den Sieg benützen, den fliehenden Feind fortan verfolgen und die eigentlichen Früchte

dieses blutigen, schweren Kampfes für die gerechte Sache und für unser Heil dieses Mal ernten konnten, fällt mit auf Rechnung des Umstandes, daß die kämpfenden Brüder uns in Hermannstadt unter dem kräftigen Schirm der so menschenfreundlich zu Hilfe geeilten braven Russen sicher wußten und sich nicht mehr um sie kümmern dürften.

An demselben verhängnißvollen Tage — den 4. Februar, wurden auch die Szekler, als sie den schon so lange her beabsichtigten Ueberfall auf Kronstadt wirklich vollführen wollten, beinahe um dieselbe Stunde durch den gleichfalls ausgezeichneten Angriff der braven Russen, welche unter dem Commando des Hrn. Generalen von Engelhardt beinahe um dieselbe Zeit eingerückt waren und die übernommene Schutzpflicht dort bereits mit Blut besiegelten, über die Gränze des Altflusses zurückgeworfen und für ihre schimpfliche Eidbrüchigkeit gezüchtigt.

Obgleich die weiteren Kriegereignisse noch zu gewärtigen sind, so hat es sich sonach durch die in wenig Stunden geschöpfte Erfahrung bereits bestätigt, wie dringend und unvermeidlich nothwendig diese Hilfe — der gerade im letzten äußersten Momente angelangten benachbarten Russen für Hermannstadt und Kronstadt gewesen sey, und daß ohne derselben beide Städte vielleicht heute schon als Opfer ihrer unbegrenzten Treue und Anhänglichkeit an ihren Kaiser und Herrn, so wie an das Band der Gesamtmonarchie gefallen und untergegangen wären.

Jedem unbefangenen Leser dieser der Wahrheit ganz getreuen Schilderung, welche mit ihrem Detail mehr für die entfernten Schwesterprovinzen und das Ausland berechnet ist, kann es nicht entgehen, daß die russische Hilfe in Hermannstadt und Kronstadt durchaus jeder politischen Farbe und eines derartigen Einflusses entbehrt, daß sie offenbar nur ein Act von momentaner Hilfe zur Hilfe hartbedrohter Nachbarstädte gegen rebellische Räuber und Nordbrennerhorden, die theils in der Vernichtung dieser Städte Rache üben, theils durch die Plünderung derselben ihre Raublust befriedigen wollten — lediglich aus nachbarlicher Humanität dargeboten und geleistet sey, daß unter diesen exceptionellen Verhältnissen, welche in allen Beziehungen ganz außerhalb eines jeden völkerrechtsmäßigen Kriegesstandes liegen, aber auch gar kein Vergleich mit den sonstigen Interventionsfällen fremder Staaten, welche stets aus politischen Gründen geschehen, Platz greifen könne, um so weniger, als diese russische Schutzhilfe in jenem Momente, wo unsere eigene k. k. Armee aus Ungarn Verstärkung gesendet hat, und vereinigt mit unsern hierländigen treuen Truppentkörpern unser Leben und Eigenthum so wie unsere Rechte als Staatsbürger wieder sicher zu stellen vermag, mit unserem herzlichsten Danke für die geleistete menschenfreundliche Aufopferung wieder über die Gränze in die frühern Stationen der Balladei sogleich zurückkehrt, ohne sich in die Gestaltung der innern politischen Verhältnisse des Großfürstenthums oder der österreichischen Monarchie auch nur im Mindesten eingemischt zu haben.

Zum Ueberflusse wird noch bemerkt, daß diese fremden Truppen zur Beseitigung einer jeden Begriffsverwirrung über den Zweck ihres Hierseyns nur im engsten Einvernehmen mit dem betreffenden k. k. österreichischen Stadt-Commando, daher durchaus nicht einseitig und selbstständig handeln, wie es bei allen militärischen Interventionen fremder Truppen sonst geschieht.

Möge diese Aufklärung den doppelten Zweck erreichen, fürs erste, das Factum selbst, nämlich den Eintritt russischer Schutzhilfe für die genannten beiden Städte, ins wahre Licht gestellt, und vor einem billigen Forum gerechtfertigt, — fürs zweite, jenen alarmirenden falschen Gerüchten und Vorwiegungen durch Darstellung der Wahrheit vorgebeugt und entgegen gearbeitet zu haben, welche von der ungarischen Umsturzpartei und ihrem Anhang im Sachsenlande zuverlässig aus diesem Acte haßig werden geschmiedet und geltend gemacht werden wollen, um den Untergang des k. k. österreichischen politischen Drama durch neue verderbliche Nachspiele wo möglich zu stiften.

Wir wollen übrigens in Betreff dieser Sache auf den gesunden, nüchternen Verstand, so wie auf das reine unverdorrene Herz und Gefühl unserer Mitmenschen in und außerhalb Oesterreich, daß man in dieser von Seite der Russen aus Humanität uns geleisteten Hilfe nichts anders suchen und finden werde, als in jener menschenfreundlichen Handlung liegt, wenn man Jemanden, der in einem an der Landesgränze befindlichen Strome unterzugehen in Gefahr ist, von jenseits herüber aus der Gefahr rettet, und die hilfsreiche Hand sodann wieder zurückzieht.